

Preis pro Nummer 2 Pf., monatlich 1,10 Pf., wöchentlich 20 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 2 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Pf. pro Quartal. Unter Bezugnahme: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Pf., für das übrige Ausland 2 Pf. 50 Cent. Einzelne in der Post-Verwaltung-Preisliste für 1892 unter Nr. 6662.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeitdauer oder deren Raum 40 Pf., für fortwährende und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer anpassungsfähig und darum so langwieriger Gesellen, werden sie aus Produkten bestimmter Klassenkämpfe zu bestimmen der Form, in der sich die neuen Klassenkämpfe abspielen, aus Wirkungen zu Ursachen, zum Herübergreifen der Vergangenheit in die Verhältnisse der Gegenwart, je nachdem lähmend oder fördernd, belebend oder Leben entziehend.

Verantwortl. Redakteur: Carl L. Nr. 4186.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 24. Juni 1892.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Zum Quartalswechsel eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“

Berliner Volksblatt

mit der illustrierten Sonntagsbeilage

„Neue Welt“.

Unser Blatt ist das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie. Jeder Genosse und vor allem jeder Berliner Genosse muß es als seine Pflicht betrachten, das Zentralorgan seiner Partei zu halten. Die Unterstützung der gegnerischen, auch der sogenannten parteilosen Presse heißt im Kampfe dem eigenen Feinde die Munition liefern.

Auf unsern Feuilleton-Teil wird besondere Sorgfalt verwandt werden. Außer einem Roman aus dem Französischen:

Schlagende Wetter,

das Leben, Ringen und Sterben des Bergmanns schildern, werden wir unter andern auch den trefflichen Roman:

„Die Waffen nieder“, von Frau von Suttner, unseren Lesern vorführen.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expediteure, sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

3,30 M. für das Quartal

entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 6652.)

Wir ersuchen unsere Postabonnenten höflich, das Abonnement rechtzeitig (mehrere Tage vor Quartalschluss) aufzugeben, damit die regelmäßige Zustellung des Blattes keine Unterbrechung erleidet.

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Zu den Wahlen in England.

London, den 20. Juni 1892.

Wenn man irgend einem, mit den Verhältnissen des Landes vertrauten englischen Sozialisten die Frage vorlegt, wieviel sozialistische Arbeiterkandidaten bei der bevorstehenden Neuwahl des Parlaments sichere Aussicht haben, gewählt zu werden, so wird er Ihnen eine sichere Aussicht haben, gewählt zu werden, so wird er Ihnen eine sichere Aussicht haben, gewählt zu werden.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

145

Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Bänden von A. Otto Walster.

In einem gewissen Sinne haben sie freilich auch ganz Recht; denn wenn die Regierung die Benachteiligung einer Klasse von Staatsangehörigen durch eine andere nicht duldet, wie sie es auch nicht sollte, und wenn sie allen mit gleichem Maße dienste, dann wäre auch Vieles nicht möglich, was jetzt beklagt wird.

Und was sind denn nun die beklagtesten Uebelstände im Volke, Herr Doktor, damit ich einen Halstepunkt gewinne? „Majestät“, rief Lange, und seine Wangen färbten sich ob der wider seinen Willen sich einstellenden Aufregung; „wenn wir vor Menschen vorübergehen, welche von der Mutter Natur stiefmütterlich ausgestattet wurden, an unheilbaren Uebeln und Gebrechen leiden, dann zieht sich unser Herz trampfhaft zusammen; wir suchen dem Armen, so viel wir können, Erleichterungen zu schaffen; die Wissenschaft studirt Tag und Nacht, um Heilmittel oder doch wenigstens Linderungsmittel aufzufinden, und hat sie ein, wenn auch nur ein kleines gefunden, dann ruft eine freudige Welt dem Entdecker oder Erfinder im Namen der Menschheit einen Glückwunsch zu, denn da fühlen Alle, daß die Menschen in ihrer Gemeinschaft ein Volkwerk bilden müssen gegen die feindlichen Naturmächte, daß die Be-

werden, so wird man die stereotype Antwort erhalten: „Im Grunde nur Einer — John Burns. Von den wenigen Sozialisten, die sonst noch kandidiren, können vielleicht noch zwei oder drei den Platz behaupten, die Auslichten der Anderen aber sind mehr oder minder negativ.“

Diese Antwort, die, ich wiederhole es, geradezu einstimmig von allen sachverständigen Sozialisten gegeben wird, wird manchem Leser des „Vorwärts“ unerwartet kommen. Der große Aufschwung der Arbeiterbewegung seit 1889, die Abstimmlungen der Gewerkschaftskongresse, die gewaltigen Demonstrationen im Hyde-Park — alles das sollte keine nachhaltigere Wirkung auf die englischen Arbeiter ausgeübt haben? Wofür wäre denn die ganze Agitation der Sozialisten gewesen? Und wie lange wird man noch zu warten haben, bis England endlich einmal in Bezug auf den Sozialismus mit dem Festland gleichen Schritt hält?

In der That, das Resultat scheint entmutigend. Aber es scheint nur und ist es nicht wirklich. Es besagt lediglich, daß der Weg der sozialistischen Bewegung vorerst noch ein anderer ist als auf dem Festlande, aber nicht, daß diese Bewegung nicht oder nur in jener geringen Stärke vorhanden, in welcher sie voraussichtlich im englischen Parlament vertreten sein wird.

Ich will keine Schönfärberei treiben. Es wäre müßig, zu bestreiten, daß ohne die Spaltungen unter den hiesigen Sozialisten, ohne verhängnisvolle Fehler in der Taktik, die Wahlausichten immerhin bessere sein könnten als sie jetzt sind. Aber Fehler sind anderswo auch gemacht worden, und selbst als sie gespalten waren, haben die deutschen Sozialdemokraten bessere Wahlerfolge erzielt als heute die englischen Sozialisten. Die Erklärung, warum die Wahlausichten der englischen Sozialisten so gering sind, ist also nicht ausschließlich bei diesen zu suchen. Wiederholt habe ich her vorgehoben, daß, was ihren Eifer in Bezug auf die Agitation andrückt, sie meines Erachtens hinter den Sozialisten keines Landes zurückstehen. Sie thun ihr Möglichstes, um den großen Ansprüchen gerecht zu werden, welche die Vertreter einer neuen Bewegung zu erfüllen haben, und die gerade infolge der größeren politischen Freiheit in England größer würde uns ein gutes Stück vorwärts bringen,“ hört man deshalb auch nicht selten englische Sozialisten sich äußern, und insofern auch nicht ganz mit Unrecht, als der Druck von oben den Gegenruck von unten mindestens erheblich konzentriren würde. Und die Konzentration ist es, woran es heute vor Allem fehlt. Die Bewegung ist da, sie hat die Massen erfasst, aber sie bildet noch nicht ein großes Netz von Flüssen, das sich zu einem großen Strom vereinigt, sondern verliert sich in einer Reihe neben einander laufender Kanäle — sie geht fast ausschließlich in die Breite.

Es ist aber nicht nur der Mangel politischen Druckes, der die Konzentration der sozialistischen Bewegung in England aufhält, sondern, wie ich schon des Ofteren aus-

geführt, ein ganzer Komplex zusammenwirkender Ursachen. Dieselben bestehen in der Beschaffenheit des englischen Wahlrechts, in der Beschaffenheit der bürgerlichen Parteien, in der Geschichte der Letzteren und damit des ganzen englischen Parlamentarismus überhaupt, und in den durch diese erzeugten politischen Ueberlieferungen.

Die politischen Ueberlieferungen — das ist ein Kapitel von nicht zu unterschätzender Tragweite. Räte, an ganze Epochen in der Stufenleiter der ökonomischen Entwicklung anpassungsfähig und darum so langwieriger Gesellen, werden sie aus Produkten bestimmter Klassenkämpfe zu bestimmen der Form, in der sich die neuen Klassenkämpfe abspielen, aus Wirkungen zu Ursachen, zum Herübergreifen der Vergangenheit in die Verhältnisse der Gegenwart, je nachdem lähmend oder fördernd, belebend oder Leben entziehend.

Deutschlands politische Ueberlieferungen sind die Geschichte der politischen Niederlagen seines Bürgerthums — kein Wunder, daß sie dem Aufkommen der proletarischen Parteien sich günstig erweisen mußten. Englands politische Ueberlieferungen sind die Geschichte der Siege seines Bürgerthums — daher die Schwierigkeit für die proletarischen Parteien, unter ihrer Herrschaft aufzukommen.

Das politische Leben Englands ist auf den Kampf zweier großer Parteien um die Herrschaft im Staate zugeschnitten. Diese beiden Parteien sind nicht stets die gleichen geblieben, sie haben sich beide im Laufe der Zeiten, unter der Wirkung der Veränderungen in den ökonomischen Verhältnissen, gehäutet, ihre Programme haben sich verschoben, aber die Form des Kampfes ist die alte geblieben, nur im Laufe der Zeit um so schärfer ausgeprägt. Alle Parteibildungen, die neben diesen zwei großen Parteien auftauchten, sind bisher stets von der einen oder der anderen derselben nach etlicher Zeit absorbiert worden — diejenige von ihnen, die zu solcher Absorbierung unfähig wäre, würde damit überhaupt herrschafts-, d. h. lebensunfähig werden. Absorbieren heißt aber in der Politik zugleich anpassen, und so ist für die beiden rivalisirenden Parteien Herrschaftsbedingung ihre Anpassungsfähigkeit, ihre Elastizität, ihre Fähigkeit zu lernen und zu vergessen. Auf die Weise bleiben die Parteienamen, aber die Bedeutung derselben wechselt. Die Konservativen brüsten sich heute, und mit Recht, daß sie jetzt die Grundzüge vertreten, die der Liberalismus in seiner besseren, d. h. seiner ultra-manchesterlichen Zeit vertreten habe, die Liberalen von heute dagegen bilden ein Konglomerat von Reformern der verschiedensten Gattung. Worin jedoch beide Parteien sich gleich geblieben sind, das ist, daß sie im Wesentlichen Parteien der besitzenden Klassen sind.

Ich sprach oben von dem Fehlen der politischen Unterdrückung in England, das gilt aber nur von der direkten Unterdrückung. Indirekt sind genug Leute — Arbeiter — in England unterdrückt, insofern sie des Stimmrechts zum Parlament beraubt sind. Dasselbe ist vom allgemeinen gleichen Wahl- und Stimmrecht noch immer so weit entfernt, daß etwa

aber es geht nicht, es fehlt an den allerdrücklichsten Mitteln. Der Mann muß einen Brotherrn suchen, der ihm die Werkstätte bietet, in der er zwar seine Kraft verwerthen kann, aber nur soviel erhält, als da hilft vor'm Hungertode zu schützen, während der Gewinn in die Taschen des Kapitalisten fällt, der bei allen passenden Gelegenheiten diese freiwillige Sklaverei noch besser auszunutzen sucht. Das Mädchen muß in den Dienst oder in die Fabrik; ist es hübsch, so fällt es nach kurzem Kampfe zwischen dem Stolz der Entbehrung und den Lockungen einer erträglicheren Existenz der Wollust jener selben Privilegirten zum Opfer; ein neuer Tribut und der schmerzlichste, welchen die Klasse der Enterbten dem Kapitale und seinen Anhängseln darzubringen hat. Die Ehen sogar werden dem Arbeiter nicht nur durch die materielle Noth, sondern auch noch durch scheinbar vernünftige Gesetzesbestimmungen erschwert, welche nur die Prostitution und das Konkubinat zur Folge haben, denn eine Grenze findet an den starren Gesetzen der Natur jedes Polizeimacht; wie schon Schiller sagt:

Etwas will er sein Eigen nennen, Oder der Mensch wird morden und brennen. Und doch, Majestät, macht man es so einem unglücklichen Mädchen, das nach dem sogenannten Fehltritt hilflos in der Welt herumirrt, zur Pflicht, das Kleine zu ernähren, macht man es ihm zum Verbrechen, wenn es in seiner Verzweiflung dieser verzweifelt Welt ein unglückliches Opfer mehr entzieht, richtet man, als größtliche Ironie auf alle Begriffe von Humanität, Kindesmörderinnen auf immer zu Grunde, begräbt sie in den stuchbeladenen Zuchthäusern, den Folterkammern der Neuzeit.

„Sie malen, Herr Doktor, in sehr grellen Farben“, rief der König mit deutlich zu Tage tretender Erregtheit. „Aber mit nicht zu grellen, seien Ew. Majestät ver-

zweiundneunzig Millionen erwachsener englischer Arbeiter kein Wahlrecht haben. Mit richtiger Logik hat aber die englische Sprache für den Besitz des Wahlrechts ein Wort, das zugleich Befreiung heißt, nämlich „Franchise“. Wer nicht das Recht besitzt, bei der Wahl der Volksvertreter seine Stimme in die Waagschale zu werfen, ist nicht frei. Er hat bei der Entscheidung über die Frage seines persönlichen Wohls, soweit die Gesetzgebung auf dasselbe Einfluß hat, nicht mitzusprechen.

Diesen 2-2 1/2 Millionen stimmrechtsloser (disfranchised) englischer Arbeiter stehen gegen 3 1/2 bis 4 Millionen englischer Arbeiter gegenüber, die im Besitze des Stimmrechts sind. Aber die freie Benutzung desselben ist ihnen noch auf mancherlei Art und Weise verknüpft. Vor allem durch die Bestimmung des englischen Gesetzes, daß jeder Kandidat beim amtlichen Wahlvorsteher angemeldet werden und bei der Anmeldung einen, manchmal bis zu 1000 Pfund Sterling (20 000 Mark) sich belaufenden Garantiebetrag für die amtlichen Wahlkosten hinterlegen muß, die ihm auf Rechnung gesetzt werden, gleichviel ob er gewählt wird oder nicht. Und gerade die Wahlkreise, in denen die Arbeiterwähler stark vertreten sind, sind oft die theuersten. Ferner sind auch, trotz der Wahlreform von 1884, die Wahlkreise selbst noch sehr ungleich, so daß z. B. 57 Wahlkreise mit einer Bevölkerungszahl von zusammen 4 588 937 Seelen 60 Abgeordnete wählen, während 55 andere Wahlkreise mit einer Bevölkerungszahl von zusammen nur 1 407 817 Seelen ebenfalls 60 Abgeordnete wählen. Die ersteren, schlecht Berücksichtigten, sind in ihrer Mehrheit Arbeiterbezirke, die Letzteren, übermäßig Vertretenen, neben irischen Wahlkreisen, die durch die große Auswanderung entvölkert sind, Willens-Vorstädte, Badeorte u. s. w. Schließlich werden noch durch die Verlegung der Wahlen auf Wochentage sehr viele Arbeiter in ihrem Stimmrecht geschmälert. Gerade in England, wo das System der Arbeiterhäuser so ausgebildet ist, wohnen mehr als anderwärts die Arbeiter in den großen Städten oft meilenweit von ihrem Arbeitsplatz entfernt. Allerdings währt der Wahlakt länger als z. B. in Deutschland — bis Abends 8 Uhr — aber viele Arbeiter kehren doch zu spät heim, um an ihm theilzunehmen, zumal die Wahlbezirke infolge des Rottagesystems oft ziemlich ausgedehnt sind. Was es bedeutet, ob die Wahl an einem Werktag oder Ruhetag stattfindet, haben die letzten Londoner Grafschaftswahlen gezeigt, die an einem Sonnabend stattfanden. Der Sonnabend aber ist in England halber Ruhetag, und so wurden denn auch bedeutend mehr Stimmen abgegeben als bei der früheren Wahl, und zwar fast ausschließlich infolge größerer Theilnahme der Arbeiterklasse.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Juni.

Die Kommission für Arbeiterstatistik. Der „Reichs-Anzeiger“ meldet heute:

Die auf Grund des Regulativs vom 1. April d. J. errichtete Kommission für Arbeiterstatistik trat heute unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs Dr. von Rottenburg im Reichstags-Gebäude zu ihrer ersten Sitzung zusammen. (Siehe Parlamentarisches.) Vor dem Beginn der Sitzung wurden die Mitglieder der Kommission von dem Staatssekretär des Innern, Staatsminister Dr. von Bütticher begrüßt, welcher in kurzen Worten auf die Bedeutung der neuen Einrichtung hinwies und den bevorstehenden Verhandlungen einen erspriesslichen Erfolg wünschte.

Die Kommissionsmitglieder: der Unterstaatssekretär im

*) Dies ist auch der Grund, warum in England bei allen Parteien sogen. Kandidaturen viel weniger häufig sind als auf dem Festlande. Eine Partei, die im Voraus sicher ist, geschlagen zu werden, verzichtet lieber ganz auf den Kampf, als daß sie neben den Ausgaben für die Wahlagitatorien auch noch die amtlichen Wahlkosten auf sich nähme. Wird dann an dem dafür festgesetzten Tage nur ein einziger Kandidat angemeldet, so gilt derselbe ohne jeden weiteren Wahlakt für gewählt. Bei der letzten allgemeinen Wahl (1886) war dies in nicht weniger als 227 Wahlkreisen der Fall.

Nur wo Einer, dem es auf's Geld nicht ankommt, die Wahl als Sport betreibt, oder in ganz speziellen Fällen, wo es sich um bestimmte Demonstrationen handelt, werden auch in hoffnungslosen Fällen Kandidaturen angemeldet.

sichert. Nur wer es durchlebt, kann es fassen. Ein alter deutscher Rechtsgrundsatz sagt: „Es soll ein Jeder nur durch Seinesgleichen gerichtet werden.“ Hier aber läßt man trodene Juristen urtheilen, die vielleicht als flotte Studenten selbst solche Arme unglücklich gemacht, und die zum Wenigsten nicht fühlen können, wie solchen Unglücklichen zu Muth war; oder man läßt Geschworene aus der Bourgeois-Klasse zusammentreten, welche ja längst nur gewohnt sind, den Arbeiter wie eine Waare anzusehen, ihn rücksichtslos zu verbrauchen, und läßt sie über solche Opfer unserer sozialen Verhältnisse richten, was natürlich stets mit der den Bourgeois eigenthümlichen „moralischen“ Entzückung geschieht. Welche moralische Verworfenheit von so einem Geschöpfe, von so einer „unnatürlichen Rutter“, nicht ihr Derselbe und ihr Leben hinzugeben, um ein Ausbeutungsobjekt für den Kapitalisten oder einen zukünftigen Kriegsknecht und Schlächter für seine Kriege großzuziehen! Auch die Geschworenengerichte sind eine Institution, für deren Erlösung die Liberalen zu begeistern wußten, und doch bezweckten sie damit weiter nichts, als richterliche Befugnisse für sich allein zu gewinnen, denn der Arbeiter wird nicht Geschworener. Wenn aber bei Krisen, welche unternehmende Fabrikanten selbst heraufgeführt haben, Hunderte und Tausende von Arbeiterfamilien dem langsamen Hungertode preisgegeben werden, dann ist es kein Verbrechen, dann heißt es „eiserner Nothwendigkeit“. Und darum ist und bleibt die Grundforderung des Volkes, die nie aufhören wird gestellt zu werden, bis sie erfüllt ist: Befreiung der Arbeitskraft der Nation von der Sklaverei des Kapitals und gleiches Recht für Alle, weil Alle, der Arbeiter in erster Reihe, zur Erhaltung und zum Gedeihen des Staates beitragen. Entweder man sagt, die Welt ist an die geringe Zahl Derer weggegeben, welche durch ein bloßes Glück in Besitz der Geldgüter gekommen, und für Euch Andere ist keine Wahl, ist nur Sklaverei, oder man gesteht allen Erdenbürgern das Recht auf eine menschenwürdige Existenz zu. Im ersteren Falle bleibt das Menschenleben ein Lotteriespiel, in welchem Millionen mit Nieten, Hunderttausende mit kleinen Treffern und wenige Tausende mit immer größeren oder sogar fabelhaften Gewinnen herumlaufen. Daß der Beglückte

Königlich preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe Lohmann, der Regierungsrath im königlich bayerischen Ministerium des Innern Pass, der Regierungsrath im königlich sächsischen Ministerium des Innern Morgenstern, der Ober-Regierungsrath im königlich württembergischen Ministerium von Schider, der Vorstand der großherzoglich badischen Fabrikinspektion, Ober-Regierungsrath Dr. Wörth, hoffer, sowie die Reichstags-Abgeordneten Diehl, Dr. Hartmann, Dr. Hirsch, Hise, Schippel und Siegle — waren vollständig erschienen.

Als Kommissar des Reichskanzlers wohnte der Geheimregerungsrath Dr. Wilhelm, als Kommissar des Ministers für Handel und Gewerbe der Regierungsdirektor Dönhoff den Sitzungen bei.

Die Tagesordnung ist folgende:

1. Anhörung der Kommission über die Geschäftsordnung.
2. Gutachtliche Aeußerung der Kommission über Erhebungen in Betreff der Arbeitszeit im Bäckerei- und Konditorei-Gewerbe, im Mäulergewerbe und im Handelsgewerbe. —

Das Abgeordnetenhaus gab heute, der Noth mehr gehorchend als dem eigenen Triebe, seine Zustimmung zu den Abänderungen, welche das Herrenhaus an dem Kleinbahnen-Gesetz angebracht hatte. Derauf hielt das Herrenhaus noch eine kurze Sitzung; und nun konnte — nach 3 Uhr Nachmittags — in gemeinsamer Sitzung beider Häuser der Schluß des Landtags formell erklärt werden. —

Die Stimme des Volks. Wenn die Stimme des Volks bei jedem beliebigen Schauspiel auf der Straße erkörnt, wie der Bismarck-Ring nach der alten Bismarck'schen Reptiltradition behauptet, dann hätte allerdings die Stimme des Volks für den Ex-Hausmeier der Hohenzollern entschieden, denn etliche tausend Antisemiten, Junfzöpfe und Schiemenflicker haben sich dieser Tage heiser geschrien zum Lob und Preis des Ex-Hausmeiers. Aber dann muß der Bismarck-Ring, wenn er konsequent sein will, auch zugeben, daß der König von Italien in der deutschen Reichshauptstadt hundertmal mehr Freunde hat, als der Ex-Hausmeier, denn — mindestens — hundertmal mehr Menschen haben gestern dem bleichen Umberto in der deutschen Reichshauptstadt zugejubelt, als vorige Woche dem Ex-Hausmeier am Anhaltischen Bahnhof.

Der bleiche Umberto! Ob er dran gedacht hat, daß die Hauptstadt des Deutschen Reichs auch die Hauptstadt der deutschen Sozialdemokratie ist, und daß die Mehrzahl der Hauptstadt-Bewohner Sozialdemokraten sind, d. h. Menschen, die weder für Dreibünde noch Zweibünde schwärmen, die Gleichheit alles dessen erstreben, was Menschenantlig trägt, und den Fürsten nur nach seinem menschlichen Werth beurtheilen, wie jeden anderen Sterblichen? Jedenfalls ist dem so, die geistige Strafen- und Umgebung war nicht die Stimme des Volks, und noch hundert Mal weniger war die Stimme des Volks das Brüllen der Pfaffen, Antisemiten und sonstigen Statisten und Werkzeuge des Bismarck-Waare-Ringes. Recht gedankenvoll sah der bleiche Umberto drein. Ob er wohl dachte, daß daheim in seinem schönen Italien, im Garten der Hesperiden, wo die Goldorangen glühen, in diesem irdischen Paradies — Millionen von Menschen dem fürchterlichsten Elend verfallen sind, Hunderttausende an der fürchterlichsten aller Hungerkrankheiten dahinsiechen, an der Pellagra, die dem langsam, zollweise Absterbenden das Leben zu einer höllischen Hölle macht, als Dante in seiner Göttlichen Komödie geträumt? Und ob er wohl dachte, wie die Hunderte von Millionen Mark, die von seinem hungersdürstenden Volk aufgebracht werden müssen für Soldaten, Kriegsschiffe, Flinten, Kanonen, Posttaat und königliche Prunkkreisen — wie sie ausreichen würden, um Millionen von Menschen glücklich zu machen?

Es sind schlimme Zeiten, nicht bloß für die Völker, auch für die Könige. Ob wohl Einem der Tausende von Arbeitern, die, wenn auch nur unfreiwillig, zuschauten, der Wunsch gekommen ist, mit dem bleichen Umberto zu tauschen? Wohl kaum. Die Tage sind hinter uns und kehren nicht wieder, wo die Kronen Glanz brachten und Macht. Die legitimen Kronen von Gottes Gnaden und die revolutionären Barrikadenkronen. Eine Barrikadenkrone, wie die des französischen Bürgerkönigs, ist die Krone Umberto's, allerdings nicht dem Buchstaben nach, aber eine revolutionäre, eine Krone von

Alles aufbietet, um seine Stellung zu erhalten, ist wenigstens erklärlich; der Staat aber, der eine Einrichtung für alle Staatsangehörigen sein soll, von Allen gestützt und erhalten wird, dürfte wenigstens die Glücklichen nicht durch besonderen Schutz noch besonders beglücken, den Unterdrückten nicht noch mehr drücken oder drücken lassen.

Und das ist nach Ihrer Meinung doch der Fall? Nach der Meinung der ganzen Welt, Majestät. Diejenigen, welche es selbst thun, lachen, wenn ein Lustspiel-dichter die Bettern- und Bosenswirthschaft und das „Eine Hand wäscht die andere“ geißelt, aber die Wirthschaft geht nichtsdestoweniger zum Schaden aller fähigen und aufstrebenden Geister weiter. Und alles dieses ist nicht so schlimm, wie die Wuth, mit der eine große Anzahl von Staatsbeamten Alles verfolgt, was eine friedliche Lösung der mit unerbittlicher Macht herantretender sozialen Frage im Auge hat. Ich erinnere an die Glückwünsche, die Dessen hatten, der einem Naturkrikel gegenüber eine Heilung oder Umänderung findet; wer Gleiches auf sozialem Gebiete erstrebt, der ist der Gegenstand heftigster Verfolgung von Seiten ganzer Stände und von Seiten der Regierungsgewalt obendrein. Als wenn nicht Alles kommen müßte, was kommen soll! Hier in diesem Falle hat man sogar unsere Verathungen verboten, unsere Presse unterdrückt, hier ist man so weit gegangen, von Arbeitern gegründete Establishments zu schließen, hat man das Privateigenthum von Arbeitern, während man sonst so großes Gewicht auf den Schutz des Privateigenthums legt, auf die skandalöseste, rechtsloseste Weise beschlagnahmt. Und darum ist, verzweifeln an jeder friedlichen Lösung, der Arbeiter auf die Barrikaden gestiegen, um das Letzte, was er noch hat, sein Leben einzuziehen, das unter solchen Umständen für ihn keinen Werth mehr haben kann. Entschuldigen Sie, Majestät meine unumwundene Auseinandersetzung, aber Ew. Majestät hatten es befohlen.“

Sie sind zu Ende, Herr Doktor?

Ich glaube das Wichtigste berührt zu haben.“

Entschuldigen Sie mich einen Augenblick, meine Herren; oder hat Einer von Ihnen den Darlegungen des Herrn Dr. Lange etwas nachzutragen?

Ich glaube im Namen meiner Kollegen versichern zu

Revolutionärgnaden, von Volkesgnaden. Und weiß König Umberto, wie der Großheim seines kaiserlichen Gastgebers, König Friedrich Wilhelm IV, solche Kronen genannt hat? „Reife von Dred und Letten“, denen der „Ludergersch der Revolution“ anhängt. Unter den Arbeitern, die gestern mit zuschauten, war gewiß Keiner, der den bleichen Umberto beneidete, gewiß Mancher, der ihn bemitleidete. Er kann ja Nichts dafür, daß er der Sohn seines Vaters ist, und daß sein Vater sich zum König von Italien gemacht hat. Ein bornenvolles Amt — und eine Dornenkrone. Wie's emden wird? Qui vivra vorra — wer's erlebt, wird's sehen. Und wer rechnet richtiger: der glaubt, der Dreibund werde das Königreich Italien stützen, oder der glaubt, das Königreich Italien werde den Dreibund stützen?

Inzwischen gähren und toben die Leidenschaften im Königreich Italien, wilder und wilder lobert der Parteigeist empor, und ingrimmiger von Tag zu Tag wird der Kampf der Parteien im Königreich Italien und u m 's Königreich Italien. —

Wegen die Freizügigkeit läuft das Agrarierthum, welches sich billige Arbeitskräfte erhalten und darum die Landbevölkerung an die Scholle zu fesseln wünscht, seit Bestehen des Freizügigkeitgesetzes Sturm. Bisher ohne Erfolg. Jetzt heißt es aber, der Bundesrath habe eine Umarbeitung des betr. Gesetzes ins Auge gefaßt und wolle den Herren Junkern entgegen kommen. Unmöglich ist's leider nicht. Es gilt also, auf der Hut zu sein. —

Christenthum und soziale Frage. In einer Bergarbeiter-Versammlung zu Essen (am 19. d. Mts.) sagte der Vorsitzende Schröder in seinem Bericht über den Londoner Kongress nach dem Bericht der „Kölnischen Volkszeitung“ gegen Angriffe von christlich-sozialer Seite:

Der christliche Glaube, an dem die Menschheit Jahrtausende festgehalten, habe Nichts gebessert. So lange der Arbeiterstand am Glanzen festhalte, würden die Kapitalisten sagen, unser Weizen blüht, und weiter einen länglichen Lohn zahlen. Mit all' dem Singen und Beten werde der Arbeiter seine Lage nicht verbessern; die Hauptsache sei die Wagenfrage.

Hierzu bemerkt die Redaktion des ultramontanen Blattes:

Diese Leistung Schröder's dürfte den vertrauensseligen Bergleuten wohl die Augen über die letzten Ziele des unter Schröder's Leitung stehenden Verbandes öffnen. Entfremdung vom christlichen Glauben und Zuzuführung zur Sozialdemokratie ist es vor Allem, was Schröder offenbar anstrebt.

Glaubt die Redaktion der „Kölnischen Volkszeitung“, vom Beten würde ein Arbeiter satt? Arm ist schon Mancher davon geworden. —

Polizei-Vorschung. Die Namen „Jean“ und „Louis“ gefallen dem Landrath des Kreises Hagen, einem Herrn von Hinnen, nicht. Uns auch nicht; nicht weil sie „unpatriotisch“ wären — denn in einem Namen kann kein Patriotismus stecken und folglich auch kein Unpatriotismus — auch nicht, weil sie „undeutsch“ wären, denn gut neun Zehntel unserer gebräuchlichen Rufnamen sind ebenso deutsch, ja noch viel undeutscher, denn Jean und Louis sind doch bloß Umformungen echt deutscher Namen. Aber es scheint uns geschmacklos, in Deutschland einem Kinde einen deutschen Namen in französischer Gewandung zu geben — ebenso geschmacklos, wie weiland die lateinische Gewandung deutscher Namen in früheren Zeiten war. Doch warum zerbricht der Herr Landrath sich den Kopf der Eltern, die nach einem Namen für ein Kind suchen? Wir dächten, für einen Landrath gäbe es andere, wichtigere Dinge. Und diese Jean- und Louisfrage überlasse er wirklich besser dem Schulmeister. —

Die hessische Kammer lehnte gestern die von dem Ausschuss beantragte Erhöhung des großherzoglichen Gehalts — auf 1 265 000 Mark jährlich — mit 27 gegen 19 Stimmen ab. Das war tapfer. Nahm dann aber gleich darauf mit 31 gegen 15 Stimmen den Minoritätsantrag an. Das war nicht tapfer. Denn der Minoritätsantrag bedeutet ebenfalls eine enorme Gehaltserhöhung — von 1 086 228 auf 1 200 000. Die „runde Summe“ hat also gesiegt. —

Nette Gesellschaft. Ueber Meding, den Vertrauensmann Bismarck's und einen der Regisseurs des jetzt sich abspielenden Bismarck-Spektakels, schreibt die „Deutsche

dürfen“, bemerkte Frau, daß das, was in diesem Augenblick gesagt werden kann, so ziemlich auch gesagt worden ist.

Der Monarch trat mit einer leichten Verbeugung zurück und besprach sich eine kleine Weile mit seinen Räten, die hierauf zugleich mit ihm wieder nach den Wortführern des Volkes vortraten.

„Meine Herren“, begann der König, „nachdem ich erfahren, daß Ihr bewaffnetes Auftreten nicht gegen die Monarchie überhaupt, sondern nur gegen ein Sie bedrohendes Regierungssystem gerichtet war, ich meinerseits das Ministerium, welches den Frieden in meinem Lande nicht zu erhalten gewußt hat, noch heute zu entlassen entschlossen bin und den ersten Schritt hierzu bereits gethan habe, Ihnen auch das bindende Versprechen geben kann, daß alle Bedürfnisse und Wünsche einer wohlwollenden und gründlichen Prüfung unterzogen werden sollen, so sehe ich mich veranlaßt, Sie aufzufordern, die Waffen niederzulegen, da ich mit meinen Unterthanen in Waffen nicht eingehender unterhandeln kann.“

Die Mitglieder der revolutionären Regierung verharren eine Weile stumm und sahen einander an. Der Monarch sah betroffen und mit argwöhnischen Blicken auf sie; auch Herr von Hohenhausen löste sich von der Gruppe der übrigen Räte und trat in lebhaftester Erregung einen Schritt näher.

Der König unterbrach endlich das verlegene Schweigen, indem er, zu einem anderen Gedanken übergehend, meinte: „Sie werden, meine Herren, wahrscheinlich einige bindende Zusagen mitnehmen wollen, bevor Sie die Waffen niederzulegen sich entschließen, die Sie mit ziemlichem Glanz geführt. Wollen Sie mir Ihre Wünsche hierüber mittheilen?“

Verzeihen Sie mir, Majestät“, sprach endlich Lange, nachdem er eine Weile nach Fassung gerungen, mit einigermaßen festem Tone, wenn meine, unsere Antwort anders ausfällt, als Sie jedenfalls erwarteten. Es ist wahr, auf unserem Programm stand ursprünglich der Kampf gegen das Königthum von Gottes Gnaden, gegen die Staatsform der Monarchie überhaupt nicht; wir hatten lange Zeit die Hoffnung, es würde sich unser Programm im Rahmen des

Wolfs-Zeitung von Hannover, das Haupt-Welfenorgan, dem das ganze, diesen Wiedermann betreffende Material bekannt und zugänglich ist, als Antwort auf den, in unserer vorletzten Nummer von uns erwähnten Brief Meding's, wie folgt:

So gefällt er uns, der „Kgl. Regierungsrath a. D.“ Nach dem er, während er im Dienste und Gehalte Sr. Majestät des Königs Georg stand, auf Bismarck's Einladung nach Berlin reiste und von diesem Geld annahm, und nachdem er vor einigen Jahren Briefe, die König Georg vertraulich an ihn gerichtet hatte, dem Fürsten Bismarck auslieferte: fehlte nur noch die „Welfenkanalle“, um das Bild des Meding in seiner ganzen Natürlichkeit erkennen zu lassen.

Wenn Meding der Beschuldigung gegenüber, er habe die Legion mit ins Leben gerufen, um die Beschlagnahme des Welfenfonds zu ermöglichen, sich aus Beugung verlegt, so ist von ihm nichts Anderes zu erwarten, nur sollte er dann auch so klug sein, nicht von seiner „Pensionierung“ zu sprechen, denn bekanntlich ist Preußen nicht so dumm, Jemandem Pension zu zahlen, der ihm keine Dienste geleistet hat, vielweniger aber noch einem, der, wenigstens dem Scheine nach, gegen Preußen arbeitete.

Dass die geleisteten Dienste aber sehr erheblicher Natur gewesen sein dürften, zeigt die Höhe der Pension: 9000 Mark.

Meding verschweigt, daß gerade er es gewesen ist, der die Legion zusammenhalten wollte, als ihre Auflösung beschlossen war, und er sagt, wenn er behauptet, die einzelnen Emigranten hätten nach Amerika verschickt werden sollen. Es wurde den Emigranten völlig freigestellt, wohin sie gehen wollten, und so haben sie sich denn auch zum Theil nach Oesterreich, nach Amerika und in die Heimath begeben, während Andere vorzogen, in Frankreich zu bleiben. Meding widersetzte sich der Auflösung der Legion; er wollte sie geschlossen erhalten, und zwar, wie er sagte, nach den hoch und gesund gelegenen Gebieten von Algerien überführen, so daß Sr. Majestät der König sich veranlaßt sah, durch die Anweisung eines Aufenthalts in der Schweiz Meding unschädlich zu machen. Und merkwürdig: gerade in diesem Augenblicke, als Meding den Preußen keine Dienste mehr leisten konnte, sandten sich der „große Kaugler“ und der Preuze Meding, und auf die Verwendung des Ersteren dokumentirte sich dann die „hochberühmte Großmuth“ des Königs Wilhelm I., welche darin bestand, dem „Wolfs-Zeitung“ Meding jährlich 3000 Thaler aus dem beschlaggenommenen Vermögen des welfischen Königshauses zu bewilligen. Daraus ergibt sich auch, was es mit dem „vollkommen öffentlichen Akt“ der „Pensionierung“ auf sich hat. Der Akt war so „öffentlich“, daß die Quittungen über den Empfang der „Pensionen“ alljährlich durch Feuer vernichtet wurden.

In der Abonnements-Einladung des „Berliner Tageblatt“ war vor einigen Tagen zu lesen: „Frischer Roman von Gregor Samarow. „Frischer“ nennt in diesem Roman der bekannte Autor jene Gestalten, die über dem stagnirenden Sumpfe der Berliner Gesellschaft schweben. Das triviale Leben und Treiben gewisser Kreise, welche am Totalaffekt wie im Würfelspiel die Befriedigung ihrer niederen Leidenschaften finden, schildert Samarow als seiner Kenner der großen Welt in mächtigen Strichen und brennenden Farben. Aber nicht nur in den Abgrund führt uns der Dichter, er zeigt uns auch sympathische Gestalten, die auf der Menschheit Höhen wandeln.“ So die Welle.

Herr Meding als Verfasser eines Sittenromans, im „Berliner Tageblatt“ — ja, so gefällt uns der „Kgl. Regierungsrath a. D.“

Wir gratuliren Bismarck und dem Bismarck-Ring zu diesem „nationalen“, „patriotischen“, „christlich-germanischen“ Kollegen, und dem „Berliner Tageblatt“ zu seinem Mitarbeiter.

Antisemitischer Unfug. Wir sind nicht schwachnervig, allein das müssen wir doch sagen, daß es kein Vergnügen ist beim Passiren der Friedrichstraße Spießruthen laufen zu müssen zwischen unschuldigen und grotesk-ekelhaften Photographien einerseits und einem halben Duzend Dienstmannern andererseits, welche die unschuldigen, ekelhaftesten Miße ausbrüllen und einem unschuldigen, ekelhaften Broschüren und unschuldigen, ekelhaften Bilder vor dem Gesicht herumschwimmen — jede Broschüre und jedes Bild eine unschuldige, ekelhafte Beschimpfung der Juden, und eine un-

monarchischen Staates nach und nach, schrittweise verwirklichen lassen, wenn nur von der monarchischen Regierung die ewigen Prinzipien der Gerechtigkeit gegenüber allen Staatsangehörigen anerkannt und zur Geltung gebracht würden. Ich meinerseits hielt dies auch bis zum letzten Augenblicke noch für möglich und hege das größte Vertrauen zu Ew. Majestät aufrichtiger Gesinnung, sowie wir wohl Alle die größte Achtung vor Ew. Majestät Tugenden und wohlwollendem Herzen besitzen. Aber Ew. Majestät sind sterblich, wie wir Alle; ein Tag stellt plötzlich dem Volk eine andere Persönlichkeit, die es regieren soll, gegenüber, und wenn wir dem Königthum nicht alle Befugnisse abschneiden, die sein wirkliches Wesen ausmachen und ohne welche niemand König sein möchte, so hören die Zweifel nicht auf, die Befürchtungen und die Aussichten auf neue Kämpfe. Die Geschichte der Monarchien liefert hierüber ausreichende Erfahrungen; und da es nun einmal dahin gekommen, da uns im Namen des Königs die unerhörtesten Mißhandlungen angethan wurden, nachdem Arbeiterblut in Strömen durch die Soldaten Ew. Majestät vergossen worden, wie sollten wir es vor unseren Mitkämpfern verantworten können, wollten wir uns zu einer Nachgiebigkeit verstehen, die uns unter Umständen zum Verbrechen angerechnet werden könnte?

„So sprechen Sie es aus, meine Herren, Sie wollen Republik; das heißt Fortsetzung des Kampfes bis zur Vernichtung des eines Theiles?“ sprach der König im schlichten Borne.

„Sie ließen mich Anderes erwarten bei unserer Unterredung,“ rief Herr von Hohenhausen, nicht minder erregt näher tretend.

„Sie thun mir Unrecht, Excellenz“, entgegnete Lange, froh, sich an eine minder theilhabende Person wenden zu können; „ich sprach genau dasselbe zu Ihnen, was ich soeben Sr. Majestät erklärte. Die Ereignisse haben jene Zeit, in der wir unsere Ansichten austauschten, vollständig überholt; ich sprach von dem, was mir ursprünglich erstrebte, und sprach auch nur für mich, wie ich Ihnen ausdrücklich bemerkte.“ (Fortsetzung folgt.)

nächtige, ekelhafte Aufregung zum Haß und zur Verachtung der jüdischen Mitbürger. Das ist zweifellos ein Unfug, und zweifellos auch ein gemeinschädlicher Unfug. Denn hat irgend Jemand ein empfängliches Naturell für solche giftige Schmutzluft und dazu die nöthige Rohheit, mit dem nöthigen Muth, die Gedanken in Thaten umzusetzen, dann schlägt er die Juden todt, wo sich eine Gelegenheit findet, wie dies Wehel gethan hat, der ohne die antisemitischen Lehren verunmüthlich heute noch am Leben wäre.

Nun fällt es uns aber nicht ein, nach der Polizei zu rufen, daß diese dem Unfug steuere. Wir verlangen bloß, daß die Behörden allen übrigen Parteien dieselbe Freiheit gewähren, wie sie die Herren Antisemiten gewährt wird. Man würde dann mit diesem Gesindel sehr bald fertig werden, und es sollte keinen Schaden mehr thun.

Das Gefährliche und das tief Beschämende dieses Unfugs ist, daß er ein Monopol der Antisemiten ist, daß diese die Strafe für sich in Anspruch nehmen, daß sie straflos thun können, was nach den bisherigen Erfahrungen keine andere Partei wagen darf. Oder würde es etwa nicht sofortiges Einschreiten der Behörden zur Folge haben, wenn von jüdischer, muhamedanischer oder atheistischer Seite über Christenthum und Christen in derselben Weise gesprochen würde, wie in diesen antisemitischen Schriften über Judenthum und Juden?

Also nicht nach Polizei rufen wir, wie das fortschrittliche Philistertum — wir verlangen nur gleichen Wind und gleiche Sonne — gleiches Recht für Alle. Haben wir gleiches Recht, dann soll eine lustige Hejrag auf die Judenheger beginnen, so lustig und kräftig, daß die Hejer bald überall hinausgehrt sind, und Deutschland sauder ist von dieser abscheulichen Plage.

Afrikanisches. Die Niederlage der Bülow'schen Expedition wird jetzt amtlich bestätigt. Bülow selbst ist gefallen.

Der internationale Spießhaken. Aus Krakau wird telegraphirt:

Dem „Kurier Polski“ zufolge gestand der in Semberg wegen Dynamitkaufes verhaftete polnische Journalist Hendigery, gegen Bezahlung in russischen Diensten gestanden, galizische und russische Polen als Revolutionäre benutzte und zur Bekräftigung dieser Angebereien einen Bialaer Arbeiter beredet zu haben, eine Dynamitbombe zu werfen. Nähere Angaben über die Herkunft Hendigery's fehlen noch.

So wird's gemacht. Fürst Bismarck hat seinen Meding, der Hoch- und Landesverrath betreiben muß, um einen Millionenfang zu ermöglichen, — seine Jhring-Mahlow, Haupt, Schmidt und Konsorten, die in Dynamit machen müssen; der belgische Bernaert seinen Bourbaiz, der französische Constand seinen Ravachol; die englische Polizei ihre O'Donovan Rossa und Komp., die spanische ihren Munoz und die Russen jetzt ihren Hendigery.

Glaube man jedoch nicht, daß die russische Polizei das Spiel erst gelernt hätte! Sie kannte es schon zu Anfang dieses Jahrhunderts — sie war thatsächlich die erste, die diese unsamen Praktiken dem Franzosen Fouche ablernte, — und die russischen Philisten wissen, daß von den zahlreichsten ausgesucht „revolutionär“ thunenden „Nihilisten“, die bloß Dynamit reden, neun Fünftel Spießhaken der dritten Abtheilung sind, die übrigen polternde Vassen.

Trifupis, der Sieger bei den letzten Wahlen in Griechenland, hat den Siegespreis eingeheimst und ist Minister geworden. Wann kommt nun die Reihe wieder an Delgannis? —

Zu spät aufgestanden. Die englischen Konservativen mit den ihnen verbündeten liberalen „Unionisten“ haben ihre Wahlprogramme bereits fix und fertig. Der alte Gladstone arbeitet noch an seinem. Er hat in seinem Leben schon so viel Wahlprogramme gemacht in allen Farben und Schattirungen, daß er sich schwer in den alten zurecht findet, und auch schwer etwas Neues findet. — Im Uebrigen verweisen wir bezüglich des Wahlkampfes in England auf unseren heutigen Artikel, dem ein zweiter folgen wird.

Zur amerikanischen Präsidentenwahl. Cleveland ist, wie wir erwarteten, gleich im ersten Wahlgang von der demokratischen Konvention zum Kandidaten für die Präsidentschaft aufgestellt worden.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

79. Sitzung vom 29. Juni. 12 Uhr.

Am Ministerische: Thielens und Kommissarien. Die Abgg. Spahn und Jzwalle haben wegen ihrer Ernennung zu Ober-Landesgerichts-Räthen ihr Mandat niedergelegt.

Die beiden Häuser des Landtags sind durch das Staatsministerium zu einer vereinigten Sitzung beider Häuser behufs Schlußes der Session im Abgeordnetenhaus auf heute 3 Uhr Nachmittags geladen.

Auf der Tagesordnung steht die wiederholte Verathung des von dem Herrenhause abgeänderten Gesetzes, betreffend die Kleinbahnen.

Abg. Rickert bemängelt, daß nach den getroffenen Dispositionen dem Hause trotz der wesentlichen vom Herrenhause beschlossenen Abänderungen keine Zeit mehr gelassen sei, eine gründliche Prüfung des Streikpunktes vorzunehmen. Für 12 Uhr sei die Plenarsitzung, für 3 Uhr bereits die gemeinschaftliche Sitzung zum Schluß der Session anberaumt. Solche Dispositionen können nicht zur wirklichen Förderung der Geschäfte beitragen. Die vom Herrenhause getroffene Abänderung sei nur die Folge der Beschränkungsfähigkeit, unter der das Herrenhaus gestern in Anwesenheit von nur 65 Mitgliedern das Gesetz beraten habe. In Zukunft sollte man sich allerseits bemühen, den Landtag mit solchen zweckwidrigen Dispositionen zu versehen; man sollte dem dringenden Verlangen des Reichstages nachgeben und denselben schon Mitte Oktober berufen, dann werde von selbst ein großer Theil der Unannehmlichkeiten wegsallen, unter denen jetzt der Landtag zu leiden habe.

Abg. Hammacher: Bei der gestrigen Debatte hat ein Mitglied des anderen Hauses davon gesprochen, daß das Herrenhaus durch die „Rückständigkeit“ des anderen Hauses der Vorlage gegenüber in eine Zwangslage gebracht worden sei. Ich weise diesen Vorwurf als unberechtigt zurück. (Zustimmung.) Die Abänderungen des Herrenhauses in § 21 sind nicht derart, daß sie irgend ein Bedenken gegen sich hätten; bedenkllicher aber ist die Abänderung des § 30, welche das Erwerbsrecht des Staates wieder von der Beschränkung befreit, die wir dort eingefügt hatten.

Im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes bin ich aber bereit, auf diese Einschränkung zu verzichten.

Minister Thielens: Nach der jetzigen Fassung des § 30 kann der Staat nur dann die betreffenden Kleinbahnen erwerben, wenn nach Entscheidung des Staatsministeriums dieselbe eine solche Bedeutung gewonnen hat, daß sie als Theil des allgemeinen Eisenbahnnetzes zu betrachten ist; sie kann also nur aus allgemeinen, Verkehrs- oder strategischen Rücksichten erworben werden, nicht aber können lediglich fiskalische Rücksichten für den Erwerb maßgebend sein. In demselben Sinne habe ich mich im Herrenhause ausgesprochen. Die Bedenken, welche jetzt für das Herrenhaus noch übrig sind, dürften nicht so durchschlagender Natur sein, um das Haus zur Ablehnung der ganzen Vorlage zu veranlassen. Es kommt hier wirklich nicht so sehr auf späte Auffassung als auf eine Ausführung desselben im Sinne und Geiste der geführten Verhandlungen an.

Abg. Lieber (Z.): Die Erklärung des Ministers über § 30 könne als beruhigend angesehen werden, so lange und so weit es sich um den jetzigen Minister und die jetzige Staatsregierung handelt. Aber wenn man 22 Jahre im Parlamente ist und die verschiedensten Wechselfälle und Wandlungen des öffentlichen Lebens durchgemacht hat, kann man unmöglich den Ausdruck des Wohlwollens und das Versprechen lokaler Handhabung seitens eines einzelnen Ministers als Ausgleich für mangelnde gesetzliche Vorschriften ansehen. Namentlich bezüglich der Weiterführung des Baues von Sekundärbahnen muß man diesem Gesetze gegenüber von den eigentümlichsten Bedenken beschließen werden. Wenn der Staat ad hoc leistungsfähig geworden ist, müßte man gerade darauf sinnen, einen Weg zu finden, der dem Privatkapital ermögliehe, an seine Stelle zu treten. Diesen Weg hat uns das Herrenhaus durch die Streichung der Klausel aus § 30 wieder verlegt. Die eigentümliche Lokalkritik, welche uns jetzt in die Zwangslage gebracht hat, kann auch ich nur bedauerlich finden; ein Haus wie das unsrige, welches mit hingebendem Fleiß an diesem Gesetz gearbeitet hat, hätte man in eine solche Lage nicht bringen sollen. Wären wir weniger gute Freunde des Gesetzes, als wir es sind, so würden auch wir eine namentliche Abstimmung beantragen und dann Wunte sich für das Scheitern des Gesetzes der Minister bei den sogenannten Freunden des Gesetzes im Herrenhause bedanken. Ja muß gegen § 30 stimmen.

Abg. Graf Limburg-Stirum: Wir sind nicht berechtigt, an der Art, wie das andere Haus seine Geschäfte erledigen will, Kritik zu üben. Situationen wie die heutige erleben wir fast am Ende jeder einzigen Session. Dem § 30 nach den früheren Beschlüssen des Abgeordnetenhauses haben wir nie eine besondere Bedeutung beigelegt, wir haben gegen die Fassung gestimmt, auf welche die Mehrheit so großen Werth legte und wir treten gern dem Herrenhausbeschlusse, welcher im Wesentlichen die Vorlage wiederherstellt, bei. Das Privatkapital hat auch so Gelegenheit, sich an der Herstellung von Kleinbahnen zu betheiligen.

Abg. von Tiedemann-Bomst: Die Abänderung des Herrenhauses in § 21 hat nur den Zweck, alle Resaktionen zu verhindern; damit können wir uns nur einverstanden erklären. Auch die Gestaltung des § 30 erregt uns keine Bedenken, auch nicht mit Rücksicht auf einen etwaigen Ministerwechsel. Wir werden für die Vorlage in der Fassung des anderen Hauses stimmen. Damit schließt die Generaldiskussion.

In der Spezialdiskussion werden die §§ 1—20 ohne Diskussion angenommen. Desgleichen § 21 in der Fassung des Herrenhauses, ebenso §§ 22—29.

§ 30 wird gegen die Stimmen desentrums und einiger freisinniger angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes und schließlich das ganze Gesetz gegen wenige Stimmen.

Es folgen Kommissionsberichte über Petitionen. Die Stadt Erfurt und ihr sich anschließend 192 Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern wenden sich an das Haus mit folgender Bitte: Diesen Stadtgemeinden sowie allen anderen Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern zur Deckung der ihnen infolge der sozialreformatorischen Gesetze erwachsenden Ausgaben einen Zuschuß aus Staatsmitteln zu gewähren, welcher den auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden durch diese Gesetze veranlaßten Kosten auswandern entspricht.

Die Gemeindefiskal-Kommission beantragt die Petition der Staatsregierung als Material für die in Vorbereitung befindliche weitere Reform der Landes- und der Kommunalsteuern zu überweisen.

Ohne Debatte beschließt das Haus demgemäß.

Der Lehrer Kaiser und Genossen in Wiesbaden, Dieblich und anderen Orten beantragen, den wissenschaftlichen Lehrern an den Realanstalten des vormaligen Herzogthums Nassau das Anrecht auf Versorgung ihrer Hinterbliebenen auf dem vormaligen nassauischen Realfonds zur Unterstützung der Wittwen und Waisen der Real- und Elementarlehrer wiederum zuerkennen.

Die Unterrichtskommission schlägt Uebergang zur Tagesordnung vor.

Der Kommissionsantrag wird angenommen. Ebenso geht das Haus über die Petition des ordentlichen Lehrers Nemmes in Saarlouis um Anerkennung seines Rechtes als vollberechtigter Lehrer des Progymnasiums und Gewährung von Wohnungszuschuß zur Tagesordnung über.

Der Kirchenvorstand der katholischen Gemeinde Kappel (Kreis Siegen) bittet das Haus, dahin wirken zu wollen, daß die Beiträge aus dem Stiftsfonds Kappel an den dortigen katholischen Pfarrfonds, wie es vom Jahre 1817 bis 1878 geschehen, wieder gezahlt werden.

Die Petitionskommission beantragt Ueberweisung zur Erwägung; ein Antrag auf Ueberweisung zur Berücksichtigung ist in der Kommission mit allen gegen 5 Stimmen abgelehnt worden.

Abg. Lieber nimmt den letzteren Antrag im Plenum wieder auf.

Das Haus tritt jedoch dem Kommissionsantrag bei. Der Bericht der Justizkommission über die Petition des Dr. Stolp in Charlottenburg und des Vorstandes des deutschen Bundes für Bodenbesitz-Reform, betr. die Einräumung eines Vorkaufsrechts für Forderungen aus Arbeiten oder Versicherungen für Neubauten, wird auf Antrag des Abg. Grafen Limburg von der Tagesordnung abgesetzt.

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft. Schluß 1¹/₂ Uhr.

Parlamentarisches.

Die Kommission für Arbeiter-Statistik hat gestern im Abtheilungsraume 5 des Reichstages ihre erste Sitzung abgehalten. Dieselbe wurde unter Anwesenheit sämtlicher zwölf Mitglieder durch den Staatssekretär von Bötticher mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Die Verathung erstreckte sich zunächst auf die Geschäftsordnung. Dieselbe ist von und bereits in einer früheren Nummer zur Kenntniß der Leser gebracht. Die vierzehn Paragraphen wurden ohne nennenswerthe Abänderung angenommen. Im Verlaufe der Diskussion wurde konstatiert, daß der Kommission das Recht zustehe, ihre Veranlassung zu einer bestimmten Zeit durch Mehrheitsbeschluß zu beantragen. Wenn die Regierung diesem Wunsche aber keine Folge giebt, dann ist es auch noch so. Das Recht der Antragstellung wurde den Kommissionsmitgliedern aus praktischen Rücksichten nicht zugestanden. Die Verhandlungen sollen öffentlich sein, wenn die Kommission nicht anders beschließt. Es wurde auch der Wunsch ausgesprochen, ohne daß er Widerspruch fand, daß die Protokolle, Gutachten u. d. der Kommission den Reichstagsmitgliedern mitgetheilt werden. Für die nicht in Berlin wohnhaften Mitglieder wurden Reisekosten und Tagegelder in der Höhe von 15 M. festgesetzt. In die eigentlichen Arbeiten trat die Kommission ein mit der Verathung über die „Erhebungen bezüglich der Arbeitszeit u. im Bäder- und Konditorergewerbe“.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 24. Juni.
Deutsches Theater. Don Carlos.
Berliner Theater. Rarisch.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
Die Fledermaus.
Schaub-Theater. Die Kellnerinnen von Berlin. Hierauf: Die juten Plinten oder Tisch in der Langhunde.
Thomas-Theater. Mangelé Ritouche.
Sallealliance-Theater. Der Kasko-Ball.
Frohl's Theater. Die Rocabler.
Adolph Grub-Theater. Die Wett-schwimmerinnen.
Bäummann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Berl. Sommer-Theater
(Bock-Bräuerai, Tempelhofer Burg)
Freitag, den 24. Juni:

Grosse Vorstellung.

1. Theil: Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
2. Theil: Fwilt Mädchen in Uniform. Vaudeville-Burleske in 1 Akt von L. Angely. Musik von verschiedenen Komponisten.
3. Theil: Spezialitäten I. Rangos.
Zum Schluss: Der Zauberbrunnen der Najaden, grosses Ballet-divertissement, ausgeführt von dem aus 20 Damen bestehenden Corps de Ballet.

Anfang des Konzerts 6 1/2 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Bei ungunstiger Witterung bieten die gedeckten Hallen Schutz für ca. 3000 Personen.
Morgen: Grosse Vorstellung.



Passage-Panopticum.

Neu!
Blaue Grotte mit Wasser, Röhren u. Beleuchtungsapparaten.
Neu!
Eine Kriminalgeschichte in sieben lebensgroßen Gruppen.

Castan's Panoptikum.

Geöffnet von 9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.

Victoria-Brauerei.

Fühwstraße 111/112.
Im Konzertgarten resp. Saal
Täglich (außer Sonnabends):
Stettiner Sänger.
Stets wechselndes Programm.
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 U.
Entree 50 Pfg.
Wochentagsbillets à 40 Pfg. (S. Plakate)

Moabiters Gesellschaftshaus.

Alt-Moabit 80/81.
Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten.
Anfang 4 Uhr. Entree 50 Pfg.
2289L. Hellmuth Peters.

Franz Beyer,
Berlin N., Chausseest. 103.
Billigste Bezugsquelle für Wein, Liqueure, Rum, Cognac, Früchisäfte. 2594L.

Reinickendorf.
Den Reinickendorfer besuchenden Genossen empfehle ich mein Restaurant mit schattigen Garten und Regeldahn.
Emil Kirich, Residenzstr. 20.

Vereinshaus (50 Pers.) Simeonstraße 23. 2804L

Vereinshaus von 25-100 Personen sind noch einige Tage in der Woche zu vergeben Elisabethkirchstraße 14 b. Nicolson. 6706

Allen Genossen empf. Buckow. bei Ausflügen nach Buckow meinen 2574L

Gasthof zur Märkischen Schweiz zur gütigen Beachtung. C. Klotz.

Achtung! 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Sonntag, den 26. Juni 1892:

Großes sozialdemokr. Sommerfest im Konzertpark Viktoria, Frankfurter Allee 72,

unter Mitwirkung der Gesangvereine Männerchor St. Urban und Hoffnung I (Friedrichsberg). 891/5

Konzert, Spezialitäten-Vorstellung. Im großen Ball.

Personen, welche am Ball teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Anfang 4 Uhr. Die Kasselei ist von 2 Uhr ab geöffnet. Grosse Fackelpolonoise. Billets à 20 Pf. sind zu haben bei L. Wengels, Köpenickerstr. 41; L. Baumgarten, Postenstr. 4, 3 Tr. und in den mit Plakaten belegten Handlungen. Das Komitee.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Sonntag, 26. Juni, Nachmittags 2 Uhr:

Grosses sozialdem. Volksfest

in den Lokalen:
1. Jägerhaus, Schönhauser Allee; 2. Knebel, Badstr. 58; 3. Knappe, Müllerstraße; 4. Böttcher, Seefischbörchen in Reinickendorf.

Festrede. Lebende Bilder. Vorträge.

Den Genossen des 6. Wahlkreises zur Mitteilung, daß die Feier auf dem Broden, Tegeler Chaussee, Umstände halber nicht stattfinden kann, sondern in den oben angeführten Lokalen stattfindet.

Die Billets haben, wie bei der Matinee, zu allen vier Lokalen Gültigkeit, sodass mit einem Bilet alle vier Lokale besucht werden können. 476/5 Das Komitee.

Achtung! Maurer. Achtung!

Große öffentliche Versammlung der Maurer Berlins und Umgegend

am Sonntag, den 26. Juni, Vorm. 9 1/2 Uhr, in der „Aktien-Brauerei Friedrichshain“ (vorm. Lips).

Tagesordnung:

1. Weiterer Bericht über den Stand der jetzigen Lohnbewegung und Stellungnahme zu derselben. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. NB. Gleichzeitig machen wir alle Kollegen nochmals darauf aufmerksam, daß sämtliche Vorkommnisse in der jetzigen Lohnbewegung, gleichviel, ob der von den Kollegen auf den Bauten geforderte Stundenlohn bewilligt oder nicht bewilligt worden ist, an das jetzige Bureau der Lohnbewegung, Gipsstraße 8, schriftlich oder mündlich einzureichen ist. Auch ist jeder Kollege verpflichtet, zu der jetzigen Lohnbewegung, gleichviel, ob er dieser oder jener, oder gar keiner Organisation angehört, zum Generalfonds der Berliner Maurer beizusteuern. Die gesammelten Gelder sind an das Bureau, Gipsstr. 8, oder an die gewählten Vertrauensmänner abzuliefern. Ebenfalls sind Sammellisten in Empfang zu nehmen. 428/11 Das Bureau der Lohnbewegung. J. K.: Wilhelm Roll, Galzigerstr. 33, Dietrich und Schlegelski.

Achtung! Zimmerleute! Achtung!

Große öffentliche Versammlung der Zimmerleute Berlins und Umgegend

am Sonntag, den 28. Juni, Vormittags 10 Uhr, bei Nordert, Beuthstr. 21.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung über die Tätigkeit der Lohnkommission von Juni 1891-92. 2. Abrechnung vom 2. Quartal 1892. 3. Neuwahl der Lohnkommission. Kameraden, da es höchst notwendig ist, daß diese Versammlung der Neuwahl wegen recht gut besucht wird, bitten wir um zahlreiches Erscheinen. Die Lohnkommission.

Fachv. d. Tischler (Norden). Versammlung

am Montag, den 27. Juni, Abds. 8 1/2 Uhr, im Weddingpark, Müllerstr. 178. Tagesordnung: 818/5

1. Vortrag über: Die französische Revolution. Referent Herr Schöps. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Schriftführers. 4. Verschiedenes. NB. Ersuche die Kollegen recht zahlreich in der Versammlung zu erscheinen und die Säumnigen dazu auszurufen. Der Revolutionskämpfer.

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Große Versammlung

der Eisen- und Metallarbeiter, sowie Bohrer, Hobler und Stosser im Lokale des Herrn Rehlitz, Bergstraße 12.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Sparfeldt über: „Freiland“, ein sozialistischer Roman. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Jeder Kollege ist verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen. Gäste willkommen. 479/7 Der Vorstand.

Gauverein Berliner Bildhauer. Bekanntmachung.

Da mit der 27. Beitragswoche der Unterstützungsverein und seine Krankenkasse aufhört zu existieren, so werden die Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß ihnen in dem neugegründeten Zentralverein der Bildhauer Deutschlands nur dann die im Unterstützungsverein bezw. Krankenkasse geleisteten Beiträge angerechnet werden, wenn sie dieselben bis zur 27. Woche (2. Juli) bezahlt haben und innerhalb 8 Tagen nach Schluß dem neuen Verein beitreten. Der Vorstand.

NB. Am Sonntag, den 26. Juni, findet ein Besuch des Botanischen Gartens seitens des Vereins statt. Versammlung 1/10 Uhr vor dem Eingang daselbst. Damen nehmen daran Theil. 480/4

Achtung! Schloßbrauerei Schöneberg. Achtung!

Sonntag, den 26. Juni 1892:

Großes Sommerfest

bestehend in

Vokal-Konzert

veranstaltet vom

Gesangverein **Rothe Nelke** unter Mitwirkung der Gesangv. Freiheit I, Harmonie (Tempelhof), Kreuzberger Harmonie, Frühlingslust, Froh-Hoffnung, Liedertafel Westend und Phönix (Mitgl. des Arb.-Sängerb.) unter Leitung des Dirigenten Herrn Dillenberger.

Musik von Mitgliedern d. freien Vereins, der Zivil-Gesangvereine unter Leitung des Dirigenten Herrn Jank.

Während und nach dem Konzert im Saal: **Ball**. 50 Personen, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Programm 20 Pf. Anfang des Konzerts 4 Uhr.

Die Kasselei ist von 2 Uhr ab geöffnet. — Billets von abend-angeführten Vereinen haben Gültigkeit. Das Komitee.

Fachv. d. Musikinstrumenten-Arbeiter.

Sonabend, den 25. Juni, Abends 8 1/2 Uhr,

im Lokale des Herrn Keller, Bergstraße Nr. 68:

Vereins-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag. (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.) 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Abrechnung vom Maskenball findet am 19. Juli statt. 436/11 Der Vorstand.

Achtung! Öffentliche Versammlung

der in Holzbearbeitungs-Fabriken beschäftigten Arbeiter (Maschinenarbeiter, Aufhänger, Flag-Arbeiter)

am Sonntag, den 26. Juni, Vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Klein, Schöneleinstraße No. 6.

Tagesordnung: 1. Unser Verhalten zu dem neugegründeten Arbeitsnachweis in der Bäckstraße. 2. Verschiedenes. Der Inhaber obigen Nachweises ist hiermit höflich eingeladen, um zahlreiches Erscheinen zu eruchen. 466/8 Der Einberufer. F. Kolditz, Grünauerstr. 10.

Bersammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der in der Gutfabrikation

beschäftigten Arbeiterinnen Berl. und Umgegend

am Sonnabend, den 25. Juni, Abends 8 Uhr, im Restaurant von Kuhlmo, Schönhauser Allee 28.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. — Nach der Versammlung gemütliches Beisammensitzen. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Gäste sehr willkommen. 406/6 Der Vorstand.

Der Zentral-Arbeitsnachweis des Verbandes aller in der Metall-Industrie beschäft. Arbeiter

Berlins und Umgegend befindet sich Wallstraße 7-8.

(Bersprecher Amt I Nr. 2636.) Derselbe ist täglich geöffnet von 7 bis 12 Uhr Vorm. und von 3-6 Uhr Nachm. Die Arbeitsvermittlung geschieht für sämtliche Branchen der Metallindustrie, und zwar für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer unentgeltlich. Die Ausgabe der offenen Stellen findet statt für Klempner, Rohrleger und Gehilfen Vorm. von 8-9, Nachm. von 3-4 Uhr, für Schlosser, Dreher, Mechaniker und Schmiede Vorm. von 9-10, Nachm. von 4-5 Uhr, für Gärtler, Drücker, Former, Schleifer, sowie für sämtliche Hilfsarbeiter Vormittags von 10-11, Nachm. von 5 bis 6 Uhr. Arbeitgebern wie Arbeitnehmern zur Benutzung bestens empfohlen. 479/8 Der Vorstand.

Der Brotverkauf von der Genossen schaft's-Bäckerei befindet sich beim Genossen August Weiss, Bismarckstraße 32. 600b

Arbeitsmarkt.

Gesangverein sucht für Sonnabends einen tüchtigen Dirigenten. Offerten an G. Schwabertal, Forsterstr. 36, D. 1 Tr. 683b

Dreher, Gürtler oder chirurgische Instrumentenmacher.

Für eine auswärtsige, kleine, aber gut eingerichtete Dreherei chirurgischer Hartgummi- und Metall-Artikel wird eine tüchtige Persönlichkeit gesucht, welche selbst tüchtig mitarbeiten muß und im Stande ist, eine Anzahl Arbeiter zu beaufsichtigen, sowie die Werkzeuge etc. in Ordnung zu halten. Es werden aber nur ganz solide, tüchtige Arbeiter, welche über bisherige Tätigkeit beste Zeugnisse aufweisen können, berücksichtigt. Verheiratete erhalten den Vorzug. Offerten sind zu richten unter Chiffre J. 61434 an die Annoncen-Expedition von Haasenstejn & Vogler A.-G. in Frankfurt a. M. 658b

Knopf-Fraiser verlangen Lebach & Co., Ende Müllerstraße, Tegeler Chaussee. [26142]

Kranken- und Begräbniskasse der Bau- und Fabrikarbeiter Berlins.

(Eing. Hilfskasse Nr. 11.)

Sonntag, den 8. Juli, Vorm. 11 Uhr: Generalversammlung in Säger's Lokal, Grüner Weg Nr. 29.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom zweiten Quartal. 2. Innere Kassenangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Der Vorstand. 126/14

Steppdecken!!

größte Auswahl!! am billigsten in Emil Lafèvre's Fabrik, Berlin, Oranienstr. 158. [1820L]

1 Posten Schlafdecken mit kleinen reinn. Flecken Stück 4, 6, 8 und 10 Mark. Werth das Doppelte!! Muster Preisliste gratis u. franko.

Gaugbares Posamentiergeschäft, seit 20 Jahren bestehend, ist wegen Ver-beraterung sofort zu verl. Reinickendorferstraße 12. 691b

Zum Prophet

Saison-Ausverkauf:

Hochf. kompl. Anz. jezt v. 10 M. an.
Salon-Anzüge . . . 15 . . .
Eleg. Gesellsch.-Anz. . . 24 . . .
Paletots . . . 8 . . .
Besterne-Paletots . . . 12 . . .
Staubmäntel . . . 2 . . .
Hosen bis z. d. eleg. . . 2 . . .
Biqué u. Wasch-West. . . 1 1/2 . . .
Burschen-Anzüge . . . 8 . . .
Knaben-Anzüge . . . 2 . . .

Knaben-Anzüge von den einfachsten bis zu den elegantesten in Waschstoffen, Tuchen, Cheviot, Kammgarn etc. von nur einer Mark pro Stück an.

Leinen-, Luttre- und Wasch-Anzüge, sowie einzelne Joppen, Hosen etc. für Herren und Knaben zu noch nie dagewesenen Preisen. Wir bemerken, daß wir in Bezug auf große Auswahl und Billigkeit der Preise von keinem hiesigen Geschäft erreicht werden können. 2616L

Berlins größtes und billigstes Konfektionshaus

Zum Prophet

Welthaus fertig. Herren- und Knaben-Garderobe,

1. Et. am Dönhoffplatz, 1. Et. Ecke Leipziger u. Kommandantenstr.

Verband nach auswärts nur gegen Nachnahme. Elektrische Beleuchtung. Sonntags bis Abends geöffnet.

Communales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, den 23. Juni Nachmittags 5 Uhr.

Der Ausschuss zur Vorbereitung der Neuwahl des ersten Bürgermeisters, eines besoldeten Stadtraths und acht unbesoldeter Stadträte ist gewählt und hat sich konstituiert: Vorsitzende Dr. Straß, Dr. Langerhans.

Zum 83. Stiftungsfeste des Berliner Handwerkervereins am 25. Juni wird eine Deputation von vier Mitgliedern entsendet werden.

Von den Stadtv. Friedemann und 51 Genossen ist folgender dringliche Antrag eingebracht:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, mit dem Polizeipräsidenten in Verbindung zu treten, um der Verhütung des Publikums durch Verbreiten schamverletzender Schriften auf den Straßen der Stadt zu steuern.

Der Antrag wird vor den übrigen Gegenständen verhandelt. Antragsteller Stadtv. Friedemann: Daß der Antrag nicht schon vor acht Tagen eingebracht wurde, könnte auffallen.

Wir haben damit gezögert, weil wir nicht glaubten, daß die Polizei von ihren Befugnissen überhaupt keinen Gebrauch machen würde, um zum Schutz der öffentlichen Sittlichkeit einzuschreiten.

Nur darum handelt es sich für uns, nicht um Unterdrückung der Agitation irgend einer gegnerischen Partei. Diese Agitation richtet sich selbst; dem Zalmudauszug, der verbreitet wird, ist das Brandmal einer gemeinen Fälschung gerichtlich und durch christliche Gelehrte ausgedrückt worden.

Jetzt aber wird die Scham unserer Frauen und Töchter durch die Ausbreitung einer gewissen Broschüre auf das Größlichste insultirt, und dagegen müssen wir protestiren.

Wir verlangen nicht, daß die Schrift konfisziert werde, die bezügliche offiziöse Polizeinotiz war sehr überflüssig; wir verlangen, daß die schamlose Verbreitung, die Art und Weise des Anstrichens dieser Schandschrift von der Polizei nicht ferner geduldet werde.

Es handelt sich hier um groben Unfug, und diesem gegenüber hat die Polizei bisher ihre Pflicht nicht erfüllt — noch dazu in einer Zeit, wo die Regierung für die Sittlichkeit und Frömmigkeit allerorten und bei jeder Gelegenheit sich einlegt.

Der Polizeipräsident ist offenbar von diesem Unfug gar nicht unterrichtet (Widerspruch und Heiterkeit); um so schleuniger muß der Magistrat sich mit ihm wegen Beseitigung des Unfugs in Verbindung setzen.

Bürgermeister Zelle: Der Magistrat theilt die Ansichten des Redners vollkommen und hat bereits im Sinne des Antrags einen Beschluß gefaßt, das Polizeipräsidenten auf diesen Unfug und auf einen ferneren Unfug aufmerksam zu machen, der mit gewissen Plakaten an den öffentlichen Anschlagsäulen getrieben werde. (Beifall.)

Stadtv. Singer: Ich brauche wohl nicht zu versichern, daß ich materiell mit dem Antrage einverstanden bin. Der Antragsteller hat in der Beurtheilung des Vorganges selbst vollkommen Recht, und ich habe nur die Hoffnung, daß die beiden Parteien, welche gestern die Bänke entlang gefahren sind, dieses ominöse Wort nicht haben in ihren Ohren klingen hören. Vielleicht hätten sonst diese Damen auch ihre Gatten nach der Bedeutung des Wortes gefragt, und damit wäre vielleicht in die Feierlichkeit, welche gestern in gewissen Kreisen stattgefunden, ein gewisser Miston hineingekommen. (Sehr gut!) Es versteht sich ganz von selbst, daß jeder anständige Mensch, gleichviel zu welcher Partei er zählt, mit Ekel erfüllt wird vor der Unsitte, die sich auf der Straße breit macht.

Wenn ich trotzdem gegen den Antrag bin, so geschieht das deshalb, weil meiner Meinung nach zu hohe Interessen auf dem Spiele stehen, die mir nicht ratsam erscheinen lassen, daß die städtischen Behörden gelegentlich dieses Unfugs nach der Polizei rufen. Die Thatsache, daß der Magistrat angeschlossen ist, bei der Polizei Schritte wegen der Plakate zu thun, begrüße ich mit Freude; es scheint mir dies noch viel wichtiger zu sein.

Wenn in Berlin und Deutschland ein Mensch es wagte, nur den lausendsten Theil dessen an Schändlichkeit und Gemeinheit, was auf diesen Plakaten und in Versammlungen gegen das Judenthum geleistet wird, gegen das Christenthum auszusprechen, Deutschland hätte nicht Staatsanwaltschaft und Polizeibehörden genug, um diesen Verbrecher sofort beim Schopfe zu fassen. (Zustimmung.) Das ist der Kernpunkt der Sache.

Die Frage ist nicht dazu geeignet, wegen dieser armenigen Anrufer die Polizei in Anspruch zu nehmen. Diese Leute sind ja doch dieselben, die die rothe Nummer der sozialdemokratischen Wochenschrift zum 18. März, die die Feilschrift zum 1. Mai, die die Nachtausgabe der „Freisinnigen Zeitung“ austrufen, deren Erwerb es ist, derartige Sachen zu kolportiren. Sie müssen schon andere Adressen und andere Personen suchen, wenn Ihr Zorn richtig treffen soll.

Andererseits haben wir doch wirklich Grund, auch nicht bei einer solchen Gelegenheit die Pressefreiheit, eines der höchsten Volksrechte, preiszugeben. Gegen diesen Unfug muß das Volk sich selbst schützen; läßt es sich gefallen, in dieser Weise haranguiert zu werden, dann ist keine Polizei, und wäre es selbst die Berliner, die ja zudem soviel mit Abperrungsmaschinen zu thun hat, zu helfen im Stande, da hilft das Lynchjustiz. Wenn man unseren Damen nicht zumuthen darf, sich gegen solche Attentate zu vertheidigen, so muß das übrige Publikum einschreiten.

Wir leiden doch außerdem genug unter den Kaufschul-Paragrafen der Gesetzgebung; wie glühende Journale artikuliert die freisinnige Presse gegen die Annemoung des Groben Unfug-Paragrafen gefahren! Mit Ihrem Antrag fordern Sie den Magistrat auf, auf die Vermehrung der Kaufschul-Paragrafen hinzuwirken. Man soll auch die Prüberei nicht zu weit treiben. Wenn es in die Hände der Polizei gelegt wird, zu entscheiden, ob in solchen Schriften die Scham verletzt wird oder nicht, dann kommen Sie vielleicht in einiger Zeit aus dem Regen in die Traufe, dann werden vielleicht Schriften verboten, in denen Sie Schamverletzungen nicht sehen. So häßlich und niederträchtig es ist, wenn anständige Damen und Kinder mit solchen elsthaften Dingen in Verbindung gebracht werden, so ist das eben eine Blüthe dieser Sumpfs- und Mistplanze, zu der der Antisemitismus einmal emporgewachsen ist. Dagegen läßt sich nicht anders einwirken, als daß Jeder in seinem Kreise mit allen Mitteln die Unsitte und Schändlichkeit des Antisemitismus nachweist. Dieser Partei aber dadurch nützen, daß man, was man verachtet, durch die Polizei beseitigen lassen will, dazu kann ich mich nicht entschließen, weil ich auf dem Grundsatze „Gleiches Recht für Alle“ beharre, weil ich nicht wünsche, daß unsere Presse- und Versammlungsfreiheit noch mehr unter die Diktatur und Diktation der Polizei gestellt wird, weil ich also den Antrag ansehe als einen Schlag gegen die Volksrechte, die ich hier vertritt. (Zustimmung und Widerspruch.)

Stadtv. Barth: Wir verlangen auch gleiches Recht für Alle, und wollen daher, daß alle gleichmäßig gefaßt werden, die in gleicher Weise die Schamhaftigkeit verletzen. Um die Pressefreiheit, die wir alle hochhalten, handelt es sich hier gar nicht. Wenn Jemand auf öffentlichen Straßen Unrath ausschüttet, wird jeder anständige Mensch die Polizei rufen, um diesen Menschen bei Seite zu schaffen. Hier handelt es sich um keinen Unrath. Nehmt die Polizei ein Einschreiten ab, dann wird man auf andere Mittel sinnen, vielleicht Tafeln anbringen, welche anständige Frauen davor warnen, diesen Theil der Friedrichstraße zu be-

treten, weil sie nicht davor geschützt werden können, daß ihnen so schandbare Worte dort in die Ohren gebrüllt werden. Es handelt sich lediglich um die Beseitigung eines schändlichen Mißbrauchs.

Stadtv. Portmann glaubt, daß die Polizei in der That noch keine Kenntniß habe von dem Unfug, der mit dem Wort „Judenbrot“ in den Hauptstraßen Berlins seit Wochen getrieben werde, und tritt für die Annahme des Antrags ein.

Stadtv. Prezel: Ich unterschreibe die prinzipiellen Ausführungen des Herrn Singer durchaus. Wenn aber Herr Singer bei dieser Gelegenheit dem Christenthum ein auszuweisen wollte, so muß ich dagegen protestiren. Es wird hier Christenthum und Deutschthum verwechselt. Das Christenthum wird unausgesetzt von der Judenpresse, namentlich zu den Feiertagen, schändlich verunglimpft. Das Judenthum muß nicht als Religion, sondern als Nation behandelt werden. (Gelächter.)

Darauf wird die Debatte geschlossen. Antragsteller Friedemann wendet sich im Schlußwort gegen den Vertreter des Antisemitismus, der soeben gesprochen und sich damit ausdrücklich in Gegensatz zu den Ausführungen der „Staatsbürger-Zeitung“ gestellt habe, die eine Schamverletzung in der Ausübung der Proschüre nicht erkennen könne.

Der Antrag wird angenommen. Für die X. höhere Bürgerschule soll nach dem Magistratsvorschlage das Grundstück Auguststraße 21 zum Preise von 350 000 M. angekauft werden. Der niedergelegte Ausschuss hat die Vorlage mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Die Versammlung genehmigt die Vorlage ohne Diskussion. Ueber die Verwendung der dem Verein Berliner Künstler für die internationale Kunstausstellung von 1891 von der Stadt gewährten Beihilfe von 100 000 M. hat der zur Vorberatung der betreffenden Magistratsvorlage eingesetzte Ausschuss berathen und mit 5 gegen 5 Stimmen folgenden Beschluß gefaßt:

Die dem Verein Berliner Künstler als Garantiefonds gewährten aber nicht verwendeten 100 000 M. nebst den aufgelaufenen und noch ausstehenden Zinsen demselben als Beihilfe zur Erbauung eines Künstlerhauses und mit der Verpflichtung, es nur zu diesem Zwecke zu verwenden, eigenhändig zu übernehmen. Diese Bewilligung erlischt jedoch und das Kapital ist an die Stadtgemainschaft zurückzugeben, sofern bis zum 1. Januar 1900 nicht mit dem Bau begonnen ist.

Der Ausschuss war einstimmig für die Ueberweisung der gedachten Summe an den Verein unter leichteren Bedingungen, als sie der Magistratsantrag vorgeschlagen hatte. Insbesondere soll von jeder Eintragung von Beschränkungen in das Grundbuch Abstand genommen und auch der Zinsbetrag dem Verein überlassen werden. Nach einem Antrage Langerhans soll die Summe aus dem Depositem der Reichsbank zurückgezahlt und vom Magistrat zinsbar angelegt werden.

Nach längerer Debatte, an der sich die Stadtv. Meyer I, Horwik, Kollmann und Langerhans betheiligen, wird der Ausschussantrag mit dem Antrage Langerhans angenommen.

Die Projekte zu den Bauten eines Ochsen- und Pferdealles nebst Scheune und Remise, eines Schweinestalles, eines Geflügelhauses und eines Kuhstalles auf dem Gutshofe der Irenanstalt Herzberge bei Richtenberg werden nebst den bez. Kostenschlägen genehmigt und die Baukosten mit im Ganzen 68 400 M. auf die für die Befammanlage bewilligten Geldmittel angewiesen.

Die Vorlage, betreffend die Ausgabe eines auf dem Grundstück Dorotheenstr. 23 eingetragenen Durchgangswegs, beantragt der Ausschuss abzulehnen und in einer Resolution den Magistrat zu ersuchen, in nochmalige Unterhandlungen mit dem Domkirchenkollegium zu treten und die Beseitigung des Durchgangswegs von der Erklärung der Domgemeinde abhängig zu machen, daß sie auf das Fensterrecht verzichtet.

Der Ausschussantrag wird ohne Debatte angenommen. Mit den Eigentümern des Grundstückes Burgstr. 18/18a soll nach dem Magistratsantrage, den der niedergelegte Ausschuss nach zweimaliger Verathung mit Mehrheit angenommen hat, eine Vereinbarung dahin getroffen werden, daß ihnen noch 42 000 M. gezahlt werden, wenn sie sich wegen aller entstandenen oder noch entstehenden Ansprüche aus der insolge Anlegung der Kaiser Wilhelm-Straße und Kaiser Wilhelm-Brücke gefehenen oder in Zukunft bei Durchführung des polizeilich für die Anrumpfung der Burgstraße genehmigten Projekts gefehenden Niveauveränderung der Burgstraße, einschließlich der aus früheren Erkenntnissen ihnen zustehenden und noch nicht durch Zahlung getilgten Ansprüche, für befriedigt erklären.

Stadtv. Hütt beantragt, die Vergleichssumme auf 36 000 M. zu ermäßigen; Stadtv. Sachs II empfiehlt den Beitritt zu der Vorlage, da die Eigentümer gar nicht daran dächten, auf eine geringere Entschädigung sich einzulassen. Zur Beseitigung des gegenwärtigen provisorischen Zustandes vor den betr. Grundstücken sei die Stadt ohne Weiteres verpflichtet.

Unter Ablehnung des Antrags Hütt wird die Vorlage genehmigt. Die Vorlage, betr. die Erwerbung von provisorischem Vorgartenland vor dem Grundstück Schwedterstr. 233 wird angenommen.

Nach Mitteilung des Magistrats treten vom 1. Januar 1893 einige Ermäßigungen des Tariffs der Berliner Elektrizitätswerke für die Lieferung von elektrischem Strom ein. U. a. soll die jährliche Grundtaxe für solche Abnehmer, welche die Beschaffung der elektrischen Lampen und deren Wartung selbst übernehmen, pro Bogenlampe 15, pro Glühlampe 2 M. betragen.

Stadtv. Prezel beantragt Ausschussberathung; Stadtv. Schwabe bemerkt dagegen, daß die Stadt durch den Vertrag mit der Gesellschaft gebunden sei und eine Beschlußfassung gar nicht erfolgen könne.

Der Antrag auf Ausschussberathung wird abgelehnt, die Versammlung nimmt lediglich von der Vorlage Kenntniß. Die Vorlage, betr. die Ausnahme zweier Straßen 7a und 7b in Abtheilung X¹ des Bebauungsplans (an der Tegelerstraße) wird einem Ausschusse von 10 Mitgliedern überwiesen.

Nach einem ferneren Antrage des Magistrats soll die Versammlung den ihr vorgelegten Vorschlag für den Betrieb einer Hilfsstation für syphilitische Weiber im Hospitale des Arbeitshauses zu Rummeisburg pro 1. April 1892/93 genehmigen. Es ist dafür ein Zuschuss von 68 344 M. erforderlich.

Stadtv. Zadel: Mit Genugthuung und Bewunderung lese ich in der Begründung der Vorlage: „Im Hinblick auf die großen gesundheitlichen Nachtheile, welche die Abweisung und Freilassung als geschlechtskrank erkannter Weiber für unsere Stadt zur Folge haben muß, sahen wir uns gezwungen, die Hilfsstation im städtischen Osdach noch im Dezember v. J. auf 130 Betten zu vergrößern.“ Es ist hier also ein Wandel der Anschauungen eingetreten, ein unverkennbarer Fortschritt gegen die Stellungnahme des Magistrats noch vor wenigen Wochen. Bei der Staatsberathung habe ich auf die bezüglich der Aufnahme von Geschlechtskranken herrschenden Mißstände hingewiesen und eine Verpflichtung der Stadt zur Aufnahme aller Geschlechtskranken behauptet, welche nicht zur Prostitution rechnen. Damals wollte der Magistratsvertreter nichts davon wissen, obgleich ich betonte, daß die Charitee in der Behandlung der Kranken gegen die An-

forderungen der Zeit und der Gesundheitspflege verstoße. Herr Spinola wendete damals ein, daß es sich in der Hauptsache um Prostituirte und Zubälter handle. Wenige Tage nachher haben sämtliche geschlechtskranken Männer der Charitee in einem Schreiben an unser Partei-Organ mit ihren sämtlichen Unterschriften gegen diese Verächtlichung protestirt, sie wären keine Zubälter, sondern ehrliche Arbeiter und außerdem haben sie alle Angaben bezüglich der Mißhandlungen etc. bestätigt. (Anruhe und Unterbrechungen; Vorsitzender Str y g e hält diese Ausführungen für nicht zur Vorlage gehörig und bittet den Redner, zur Sache zu sprechen.) — Heute scheint nun der Magistrat umgekehrt wie früher eine Verpflichtung zur Aufnahme gerade der Prostituirten gegenüber zu empfinden, für welche doch Staat und Charitee zu sorgen haben. Die Sorge für die Prostituirten nimmt die Stadt der Charitee ab, eine recht unnötige Liebeshörigkeit; wozu die Stadt aber verpflichtet ist, zur Sorge für die nicht zur Prostitution zu rechnenden geschlechtskranken Frauen, dem kommt sie nicht nach! Es ist schwer, keine Satire darauf zu schreiben. Statt einer Vorlage, welche den Geschlechtskranken in allen städtischen Krankenhäusern Aufnahme gewährt, legt man uns ein absolut ungenügendes Provisorium vor. Die medizinische Gesellschaft hat im Anschluß an eine Debatte über dieses Thema eine Kommission eingesetzt, welche sicher zu dem Resultat kommen wird, daß die Stadt eine derartige Verpflichtung zur Aufnahme hat. — Unter häufigen Unterbrechungen und Schlußrufen aus der Versammlung geht Redner auf die Art des heutigen Verfahrens näher ein und führt u. A. einen Fall an, in dem er die Aufnahme eines syphilitischen Kranken in ein Krankenhaus nur durch Angabe einer falschen Diagnose erreichen konnte (Bewegung und Jurufe). Es ist sehr bedauerlich, daß die städtischen Behörden derart uns zwingen, zu lägen (erneute Jurufe). In der Kerkstammer ist ja am 23. Mai bereits eine ganz ähnliche These angenommen worden; überall sonst außer in Berlin macht man einen solchen Unterschied bei der Aufnahme nicht. Schädigungen durch Uebertragung und Ansteckung sind nicht nachgewiesen, wie Autoritäten in Frankreich und Amerika bezeugen. (Wiederholte Unterbrechungen und Schlußrufe.) Namens meiner Freunde erkläre ich, daß wir im Hinblick auf die großen gesundheitlichen Nachtheile u. s. w., ganz wie es in der Vorlage heißt, es ablehnen, solche provisorische Hilfe zu schaffen, daß wir vielmehr die sofortige Freigabe der sämtlichen städtischen Krankenhäuser verlangen.

Stadtrath Straßmann: Einem notorisch vorhandenen Mißstande gegenüber muß die Stadt, wenn auch juristisch nicht dazu verpflichtet, entgegenkommen, und so hat sie zuerst 60, dann 100, jetzt 130 Betten für diesen Zweck hergegeben.

Stadtv. Birchow: Die medizinische Gesellschaft wird ja nächstens ihre Entschlüsse fassen. Herr Zadel will mehr und nimmt deshalb das Weniger nicht, das verstehe ich nicht ganz. In der medizinischen Gesellschaft hat uns Herr Zadel dargelegt, daß auch bezüglich der Syphilis die Verhältnisse erst anders werden könnten, wenn der sozialistische Staat eingesetzt ist. Wenn er dieser Ansicht ist, sollte er uns hier doch nicht lange Reden halten, dazu sind dann andere Orte geeigneter. Wir können uns doch nur innerhalb der durch die äußeren Verhältnisse gegebenen Grenzen bewegen; hat der Staat die Syphilis durch die Rabinetsordre von 1886 für seine Domäne erklärt, so können wir doch nicht anerkennen, daß eine Verpflichtung der Stadt bestehe, ihre Krankenhäuser alle den Syphilitischen zu öffnen. Herr Zadel sollte die Vorlage doch auch als Mensch, nicht bloß als Sozialist betrachten (Heiterkeit).

Nachdem noch Stadtv. Langerhans die Vorlage empfohlen, wird durch einen Schlußantrag dem Stadtv. Zadel das Wort abgeprochen und die Vorlage angenommen.

Bei der Besprechung des Schreibens des Magistrats, worin derselbe ablehnt, sich zur Zeit auf die Verbreitung der Rosenstraße einzulassen, wird von dem Magistratsvertreter die Einbringung einer Vorlage zur Verbreiterung der Neuen Friedrichstraße unter Beseitigung der Schmalen Gasse für die nächste Zeit angekündigt.

Die Vorlage, betreffend das zwischen Berlin und Charlottenburg bezüglich der Kaiserin Augusta-Allee, des Charlottenburger- und des Salzwerk-, der Bayreuther- und Luthersstraße u. s. w. zu treffenden Abkommen wird einem Ausschusse von 15 Personen überwiesen, ebenso der Antrag Salge, betreffend die Verbreiterung und Regulirung der Mühlentstraße zwischen dem Rummelsburger Platz und der Warschauerstraße.

Nach Erledigung einiger weiterer kleinerer Verathungsgegenstände schließt die Sitzung um 8¼ Uhr.

Tokales.

Den Polizeipräsidenten v. Richthofen wollen die bürgerlichen Blätter von seinem Plaze fortzulaufen. Seit einigen Tagen begegnet man in jeder bürgerlichen Zeitung der Nachricht, daß der Polizeipräsident zurücktreten wolle und daß für ihn bereits ein Nachfolger gefunden sei. Herrn v. Richthofen wird ein langes Schandenregister vorgehalten über alles das, was der Polizei unter seinem „Regime“ nicht gelungen ist, wieviel Morde nicht entdeckt, wieviel Diebstähle nicht ermittelt worden sind u. s. w. Man macht ohne viel Federlesens Herrn v. Richthofen für Alles verantwortlich, was Schlimmes in Berlin passiert ist.

Unsere Leser werden uns sicher nicht im Verdacht haben, als ob wir uns zu Vertheidigern des Polizeipräsidenten aufwerfen wollten. Uns kann es gleich sein, ob Herr von Müller oder Herr von Schulze im Polizeipalast am Alexanderplatz thronen. Wir kämpfen nicht gegen die Beamten, sondern gegen das System der Polizei. In der Anzapfung des Herrn von Richthofen zeigt sich aber die ganze Verfaßtheit der bürgerlichen Presse, und lediglich mit dieser wollen wir uns beschäftigen. Diese Pressenmenschen der kapitalistischen Gesellschaft leben nämlich der Eindrückung, daß ihnen von Jedermann bei jeder Gelegenheit ein Extrawurst gebraten werden muß. Sie erachten es mit ihrer Würde unvereinbar, wenn sie so behandelt werden, wie jeder andere Sterbliche. Der Polizeipräsident, unbekannt mit der Arroganz dieser Goldschreiber, hatte es sofort mit den Feilschindern verstanden, als er sein Amt übernahm. Diese ließen sich hiervon nichts merken, sie lahubuhtelten vorn und kragluchten hinten. Im Uebrigen aber warteten sie nur auf eine Gelegenheit, um Revanche nehmen zu können.

Daß sich eine solche sehr oft findet, wenn man sie sehnlichst erwartet, ergibt jetzt wieder die Notiz über die Amtsmäßigkeit des Polizeipräsidenten. Als das Sozialistengesetz in schönster Blüthe stand und die Maßregelungen Tag für Tag erfolgten, hat sich die bürgerliche Presse gar nicht darum gekümmert, ob der Jener an die Spitze des Berliner Polizeiwesens stand. Die Sozialisten haben pakte eben in den Kram der bürgerlichen Blätter. Jetzt müssen sich dieselben befehlen mit Lamentationen über Strafmaßperrungen, verjagte Ban-Erlaubnisse, aufgeschriebene Droschkentischer, geplünderte Holzpläge u. s. w. Die Anrempelungen des Polizeipräsidenten sind auch gar nicht ernst zu nehmen. — Sobald nur den bürgerlichen Feilschindern größere Konzessionen gemacht werden, dann wird das Loblied

auf die Tüchtigkeit des „humanen, liebenswürdigen, von allen bürokratischen Anwandlungen freien“ Polizeichefs von Neuem angestimmt werden.

Zum Oberbürgermeister von Berlin ist auch der freisinnige Reichstags-Abgeordnete und Oberbürgermeister von Danzig, Herr Baumhach, in Aussicht genommen. Die Frage, ob er eine auf ihn fallende Wahl annehme, soll ihm in zarter Rücksicht auf seine Danziger Bürger erspart werden, damit er, falls er in Berlin nicht gewählt würde, sich immer noch auf sein warmes Herz für Danzigs Wohl berufen könne, das ihn auch dann verhindert hätte, sich von Danzig zu trennen, selbst wenn man ihn zum Berliner Oberbürgermeister berufen hätte. In Herrn Baumhach würde Berlin einen guten Griff machen; wenn Herr von Forckenbeck schon keinen Nothstand sah, so wird es Herr Baumhach noch weniger. Er, der als Landrath von Sonneberg in der Hausarbeit und der Kinderarbeit einen Segen erblickte, und die Fürsorge für die Arbeiter in dem Umfange sah, daß, wie er sagte, die Hohenzollernprinzen alle ein Handwerk lernen, er ist wirklich der berufene Nachfolger Forckenbecks. Er ist auch derjenige, welcher am würdigsten wäre, die Richterliche Spar-Agnes zur Gattin und Oberbürgermeisterin zu erheben.

Herr Eugen Richter kann das Denunziren ebenso wenig lassen, wie die Rahe das Mäusen. Jetzt aber ist der edle Ritter damit doch einmal hineingefallen und das ging so zu: In der Alwardt-Affäre hatte die „Staatsbürger Zeitung“ den Wortlaut der gerichtlichen Beschlüsse veröffentlicht, welche zur Entlassung Alwardts aus der Haft gegen Stellung einer Kaution führten. Die gesammte Presse nahm natürlich von dieser Veröffentlichung Notiz und druckte den Wortlaut der Beschlüsse ganz oder auszugeweiht nach. Das that auch die ehrenwerthe „Freisinnige Zeitung“ des beaven Herrn Richter. Einige Tage später erhob dieselbe plötzlich ein furchtbares Geschrei, zeigte mit dem Finger nach der „Staatsbürger Zeitung“ und rief dem Staatsanwalt zu: „Auf zur Hege gegen die „Staatsbürger Zeitung“. Diese durfte die Beschlüsse gar nicht veröffentlichen, das ist ein Verstoß gegen § 17 des Preßgesetzes, welcher ganz ausdrücklich verbietet, daß Beschlüsse der Gerichte veröffentlicht werden dürfen, sobald das Verfahren nicht abgeschlossen ist oder sobald diese Beschlüsse in öffentlicher Sitzung verhandelt worden sind. Also, Herr Staatsanwalt, erscheinen Sie auf der Bildfläche und walten Sie Ihres Amtes.“

Der Staatsanwalt that denn auch Herrn Richter diesen Gefallen, er erhob Anklage gegen die „Staatsbürger Zeitung“ und ließ die betreffenden Nummern mit Beschlagnahme. Aber mit dieser einen Zeitung begnügte sich der Staatsanwalt nicht, er ging gegen sämtliche Berliner Blätter vor, auch gegen die, welche die Beschlüsse nur im Auszug wiedergegeben hatten. So kam es, daß in die Redaktionen sämtlicher hiesiger Zeitungen die gerichtlichen Vorladungen flatterten, welche die „Verantwortlichen“ dem Noabit zitterten zu einer Vernehmung in dem Vor-Untersuchungstermin. Da traten nach einander an der „Börsen-Courier“, die „National-Zeitung“, das „Kleine Journal“, die „Tägliche Rundschau“, die „Berliner Zeitung“ u. s. w. Die „Freisinnige Zeitung“ wird natürlich auch an die Reihe kommen und das ist der Humor davon. Dann hätte nämlich der Ober-Denunziant Richter sein eigenes Blättchen denunziert, und gerade bei ihm trübe der erschwerende Umstand hinzu, daß er sich der Strafbarkeit der Publikation bewußt gewesen.

Alwardt soll, wie die „Freisinnige Zeitung“ meldet, am Donnerstag Mittag wiederum verhaftet und in das Untersuchungsgefängniß zu Moabit eingeliefert worden sein. Das Kommergericht habe den Beschluß der Strafkammer, wonach Alwardt gegen eine Kaution von 10000 M. neulich auf freien Fuß gesetzt wurde, aufgehoben. — Wir können einen solchen Beschluß absolut nicht billigen. Nach unserer Ansicht liegt kein Grund vor, den Mann derselben Vergünstigung verlustig zu machen, die so ziemlich jedem andern Untersuchungsgefangenen gewährt wird, wenn er reich ist, also die Kautionssumme aus eigener Tasche zahlen kann. Alwardt ist allerdings arm, aber daraus zu folgern, daß er durchbrennen würde, gegen diese Schlussfolgerung müssen wir als Vertreter der nichtbesitzenden Klassen schärfstens protestiren, gleichgiltig wie wir sonst zu Alwardt und seinem Treiben stehen. Im Uebrigen dürfen die sich gegenständig aufhebenden Richtersprüche in Sachen der Verhaftung Alwardts schwerlich dazu beitragen, den Respekt vor der Richterweisheit besonders zu heben. Wer aus diesen Vorgängen Nutzen ziehen wird, das ist einzig der Antisemitismus und speziell Alwardt selbst, der auf dem besten Wege dazu ist, für gewisse Kreise ein Nationalheiliger zu werden. Daß dagegen das Vertrauen zu der Bortrefflichkeit der Löwischen „Judenfinken“, durch die neueste Verhaftung Alwardts gehoben werde, das erlauben wir uns bis auf Weiteres noch zu bezweifeln.

„Aus der Zeit des Ausstandes der Buchdrucker-gehilfen.“ Unter dieser Ueberschrift brachten wir in Nr. 141 eine Gerichtsverhandlung. Zu derselben wird uns bemerkt, daß der Angeklagte nicht Emil sondern Hermann Heindorf heiße. Der Name des Denunzianten sei Lu & Co., der als Schlosser in der Körve'schen Fabrik in Martinisfelde arbeite. In dem betreffenden Falle hatte der Schlosser Heindorf seinem Arbeitskollegen Luyka eine Sammelliste für die streikenden Buchdrucker vorgelegt; dieser hieß ihn jedoch für ihn zeichnen. Als H. nun am Sonnabend den Luyka aufforderte, den gezeichneten Beitrag von 50 Pf. zu zahlen, lehnte H. dies in höhnischer Weise ab. Hieraus legte ihm Heindorf wegen seines Benehmens eine ihn in derber Weise charakterisirende Benennung bei, wegen deren Luyka ihn beim Staatsanwalt denunzierte. Dieser glaubte im öffentlichen Interesse, statt den Denunzianten auf die Privatklage zu verweisen, selbst Anklage erheben zu müssen, deren Resultat zwar die Verurtheilung H.'s wegen Verleumdung zu einer Geldstrafe war, wobei aber der Vorsitzende des Gerichts das Verhalten des Luyka einer scharfen mißbilligenden Beurtheilung unterzog.

„Opfer der Arbeit“ verdienen nicht bloß diejenigen Arbeiter genannt zu werden, die bei Ausübung ihres Berufs durch Unfälle zu Schaden kommen oder den Tod erleiden, sondern auch diejenigen, welche an sogenannten Berufskrankheiten zu Grunde gehen. Die furchtbarste unter allen Berufskrankheiten ist immer wieder die Lungenemphysem, die mit Nicht-„Proletariatskrankheit“ genannt wird. Wie stark dieselbe beispielsweise unter den Angehörigen des Bergolbergwerkes austräuft, ergibt sich aus der kürzlich ausgegebenen letzten Jahresrechnung der „Oetzkantenkasse der Bergolber und Bergungsmassen zu Berlin“. Danach starben unter 14 eines natürlichen Todes Gestorbenen allein 12 an Lungenleiden und Lungenemphysem. Das Durchschnittsalter betrug bei den Lungenleidenden 51, bei den Lungenemphysematischen 22 Jahre. Hier muß man eigentlich schon mehr von einem unnatürlichen Tode sprechen.

Auf dem Auswandererbahnhof in Ruhleben entrollte sich dieser Tage ein Bild des schrecklichsten Elends. Etwa 50 Wägen und Wägen waren angekommen aus Brasilien, nur mit dem Nothdürftigsten besetzt, aller Mittel entblößt. Der Zustand der Unglücklichen war ein derartiger, daß der diensthabende Gendarm und einige Personen, welche zufällig anwesend waren, ihre wenigen Groschen zusammenlegten, um den bis zum Skelett abgemagerten Weibern und Kindern etwas Brot und Wurst kaufen zu können. Die armen Frauen erzählten ihre Leidensgeschichte: Im Laufe des vorigen Jahres waren etwa 100 Familien aus der Provinz Posen durch Auswanderungsagenten zur Auswanderung nach Brasilien veranlaßt worden. Sie machten ihr Hab und Gut zu Geld und traten mit den besten Hoffnungen die Reise über das große Wasser an. Bei ihrer Ankunft in dem „gelobten Lande“ waren die Boarmittel der Unglücklichen bereits erschöpft, und schon auf der Weiterreise in das Innere gerieten sie in eine schreckliche Noth-

lage. Viele erlitten noch vor Erreichung des Reiseziels der Tod von den Leiden. Die Ueberlebenden erwartete ein furchtbares Loos. Von dem ersten Wochenlohn wurden ohne Weiteres die Kosten der ihnen versprochenen „freien Reise“ abgezogen, so daß der Rest kaum zum Lebensunterhalt für zwei Tage ausreichte. Wohnen mußten die Leute in einigen Ställen, welche kaum genügend Schutz vor den Unbilden der Witterung boten. Die Nahrung war miserabel, die Schweine in Pommern bekommen besseres Futter, als die deutschen Arbeiter in Brasilien. Innerhalb Jahresfrist habe das große Sterben unter den kraftlosen Gestalten derart aufgedummt, daß etwa fünfzig Wittwen die Rückreise antreten konnten. Dieselben haben erklärt, lieber sterben zu wollen, als noch länger diese Qualen auszuhalten. Sie bettelten sich durch bis nach Bahnhof Ruhleben, von wo aus für den Weitertransport nach der früheren Heimath der Kernsten Sorge getragen wurde. Dort erwartet sie das Loos der Gemeindegemeinen. . . .

Einem frechen Gaunerpaar ist die hiesige Postbehörde zum Opfer gefallen. Auf dem Haupt-Postamt in der Königsstraße lief am Sonnabend voriger Woche aus Grünberg in Schlesien ein Telegramm der dortigen Postanstalt ein, nach welchem die Summe von 1000 Mark an den Kaufmann Griebner, Hotel Germania, am Bahnhof Alexanderplatz in Berlin auszugeben sei. Der mit der Ausföhrung dieses Auftrages betraute C. Postbote fand den G. in obigem Hotel auch vor. Als er das Zimmer des Adressaten, eines etwa 25jährigen Mannes betrat, fand er denselben mit verbundenem Kopf und insolge dessen unkenntlichen Gesichtszügen vor. G. trat dem Beamten lebhaft mit den Worten entgegen: „Sie bringen mir wohl die tausend Mark aus Grünberg?“ und setzte alsdann noch hinzu, daß ihm sein Geld alle geworden sei und die obige Summe von seinem Vater herrühre. Als nun am Montag mit der fälligen Post aus Grünberg die Anweisungen zu dem Gelde nicht eintrafen, wurde sofort an die dortige Verwaltung despostirt, und schon nach kurzer Zeit traf die Antwort ein, daß am Sonnabend dort überhaupt keine telegraphische Postanweisung nach der Hauptpost Berlin aufgenommen resp. abgegangen sei. Die nun sofort angestellten Ermittlungen ergaben, daß der angebliche Kaufmann G. in obigem Hotel am Freitag Abend eingetroffen sei, sich sofort nach seinem Zimmer begeben habe, weil er sich nicht recht wohl fühle, und dasselbe erst am Sonnabend wieder verließ, bald nachdem sich der Postbeamte entfernt hatte. Der Schwindler bezahlte noch seine Rechnung und trat alsdann seine Weiterreise an. Ferner ist inzwischen ermittelt, daß ein Kaufmann G. in Grünberg überhaupt nicht wohnt, und ist daher kaum ein Zweifel, daß ein ganz unerhörter Betrug und zwar höchst wahrscheinlich durch Postbeamte verübt worden ist.

In dem Artikel „Mysteriöser Todesfall“ in Nr. 142 wird uns von den Angehörigen berichtigt mitgetheilt, daß der Verstorbene, welcher ca. 8 Jahre sehr nervenleidend war und deshalb mit ängstlicher Vorsicht und Sorgfalt behandelt wurde, sich erhängt hat. Deshalb wurde die Leiche zum Zwecke der Untersuchung nach der Morgue geschafft. — Die an diesem Todesfall sich anschließenden „Klatschereien“ werden als völlig grundlos bezeichnet.

Einem grausigen Selbstmordversuch machte der 16jährige Maschinenlehrling B., welcher in der Verlags-Buchhandlung von Friedrich u. Komp. in Stellung ist. B. war schon wiederholt tagelang nicht in dem Geschäft erschienen und mußte öfters durch seinen Lehrherrn geholt werden. Seit Sonntag war B. abermals verschwunden, kam weder nach dem Geschäft noch nach der elterlichen Wohnung und ließ sich in der letzteren erst vorgestern wieder blicken, wohin inzwischen eine Nachricht des Chefs gekommen war, nach welcher dem Burschen die polizeiliche Jurisdiktion nach der Werkstat angeordnet wurde. Dies setzte den Lehrling derartig in Aufregung, daß er wieder aus der elterlichen Wohnung entlieh, nach dem Winetaplag eilte und dort ein Messer mehrmals in die Brust unterhalb des Herzens stieß und sich so derartig schwere Verletzungen beibrachte, daß er besinnungslos zusammenbrach. Etwas später wurde der junge Mann von Polizeibeamten aufgefunden und nach dem Lazarus-Krankenhaus geschafft.

Polizeibericht. Am 22. d. M. Vormittags wurde auf dem Grundstuck an der Ecke der Quistorf- und Perlebergerstraße die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden. — Vor dem Hause Currystr. 38 wurde ein vierjähriges Mädchen von einem Bierwagen überfahren und auf der Stelle getödtet. — Gegenüber dem Grundstück Ruisen-ufer 51 stürzte Nachmittags ein unbekannter Mann, der auf dem Geländer gesessen hatte und anscheinend eingeschlafen war, in den Luffenstädtischen Kanal, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. — Als der Milchpächter Busch mit einem leeren Leiterwagen die Müllerstraße entlang fuhr, gingen die Pferde durch und wurden vor dem Hause Nr. 56 von einem Schuhmann aufgehalten. Bald darauf scheuten die Pferde jedoch wieder und rannten nach der unbenannten Straße 46 zu. Beim Einbiegen in diese Straße wurde Busch vom Wagen geschleudert, gerieth unter die Kläder und erlitt einen Rippenbruch. — Beim Baden in der Bade-Anstalt Vor dem Stralauer Thor 6 wurde ein 15jähriger Knabe vom Herzschlage getroffen und verstarb sofort. — Als der Schlosser Mancina mit einem Mitarbeiter zusammen einen Hängel des eisernen Thorweges eines Hauses am Friedrich-Karl-Ufer ausheben wollte, schlug dieser um und fiel auf den Mancina, der infolge dessen anscheinend schwere innere Verletzungen erlitt und nach der Charite gebracht werden mußte. — Auf dem Potsdamerplatz wurde Abends ein Pferdeshändler von einer Kutsche überfahren und am Kopfe bedeutend verletzt. — In der Nacht zum 23. d. M. wurde ein Arbeiter vor dem Grundstück Stalherstr. 54 mit einer, anscheinend von einem Falle herabfallenden Verletzung am Bein aufgefunden und nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

Theater.

Im Thomas-Theater trat Frau Jlla v. Palmay, die bisher nur in der Posse „Heißes Blut“ sich den Berlinern vorgestellt hatte, in einer zweiten Gastrolle in der Operette „Mamelle Ritouche“ auf. Hier konnte sich der schalkhafte Humor und die sprühende Lebenslust, die Naturwelt und der Uebermuth und alle die tausenden Wandlungen und Uebergänge einer leichtlebigen Mädchenatur in der Künstlerin zeigen, und das geschah auch überall mit Frische und Anmuth. Auf den Inhalt der Operette einzugehen, wollen wir uns versagen. Um die Rolle der Frau v. Palmay dreht sich die ganze Handlung. Das gefüllte Haus sollte ihr denn auch den lautesten Beifall. Das Gastspiel der Frau v. Palmay sollte bereits am Freitag beendet werden, der Beifall jedoch, den die Operette und das Spiel der Gattin erlangte, hat die Künstlerin demogen, ihr Aufzutreten bis zum nächsten Montag auszuwehnen. — Von den künftigen Mitspielern verdienen noch die Herren Georg als Elfenmüller Golechin, der unter dem Namen Floridor zugleich Operetten-Erfolge erzieht, Herr Fernand und Herr Berend hervorgehoben zu werden. —

Gerichts-Beifung.

Die vorgestrige Schwurgerichts-Sitzung des Landgerichts I dehnte sich bis gegen Mitternacht aus. Es handelte sich um eine Anklage wegen Verbrechen gegen das feimende Leben, an

welcher Straftat fünf Personen, die Ehefrauen Martha Bohn, Theresie Miz und Dittlie Beckmann, die unverheiratete Margarethe Reizmann und der Schlächtermeister Wilhelm Brauer betheilt waren. Die Verhaftung der genannten Personen erregte derzeit bedeutendes Aufsehen, Brauer wurde gegen eine Kaution von 60000 M. wieder aus der Haft entlassen. Die Angeklagte Reizmann stand in den Diensten des Schlächtermeisters Brauers, welcher zu ihr in ein intimes Verhältniß trat. Er war beschuldigt, ihr 1000 M. gegeben zu haben, um die Folgen des Verhältnisses zu beseitigen, zur Erreichung dieses Zweckes sollen ihr die drei mitangeklagten Frauen beihilflich gewesen sein.

Die Verhandlung, welche unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, endete mit der Verurtheilung sämtlicher Angeklagten. Brauer wurde zu drei Monaten, die Reizmann zu sechs Monaten, die Beckmann zu einem Jahre Gefängniß, die beiden Frauen Bohn und Miz wurden zu je einem Jahre Zuchthaus verurtheilt.

Ein trübes Sittenbild bot eine Verhandlung, welche gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Aus der Untersuchungs-Haft wurde der Apothekenprovisor Hugo Pielke vorgeführt, welcher wiederholter schwerer Sittlichkeitsverbrechen beschuldigt war. Pielke wohnte bei einer Wittve, welche zwei Mädchen im Alter von 9 und 11 Jahren besch. Beide Kinder sind von ihm gemißbraucht worden, eins derselben hat nach dem Krankenhaus gebracht werden müssen. Der Gerichtshof belegte den Angeklagten mit vier Jahren Zuchthaus und fünfjährigem Ehrverlust.

Die Ermordung zweier Reisebegleiterinnen vor dem Schwurgericht.

Magdeburg, den 23. Juni 1892.
Während die ungeheuerlichen Verbrechen der Dienstmädchen-Mörderin Schneider in Wien noch allgemeine Aufregung verursachen, wurde es rüchbar, daß diese grausigen Mordthaten im Herzen Deutschlands Nachahmung gefunden haben, nur mit dem Unterschiede, daß die Mörder sich nicht, wie in Oesterreich, arms Dienstmädchen als Opfer auswählten, sondern Töchter wohlhabender Eltern, da sie von diesen eine größere Ausbeute erhofften. Am 21. November v. J. fand man in der Neuhaldenslebener Forst den oberflächlich verpackten korpulenten Rumpf einer bis auf Hemd entkleideten weiblichen Leiche. Einige Tage darauf wurde auch, nicht weit von der Stelle, wo der Rumpf gelegen, der dazu gehörige Kopf verpackt aufgefunden. Es wurde sehr bald festgestellt, daß die Ermordete die unverheiratete Emma Kasten aus Minden war. Diese hat sich bis zum 21. Mai v. J. bei Verwandten hieselbst aufgehalten. An letzterem Tage war sie infolge einer Zeitungsannonce durch eine Stellenvermittlerin als Reisebegleiterin engagirt worden. Mit letzterer hatte sie sich noch am Abend des 21. Mai angeblich nach Neuhaldensleben begeben, seit dieser Zeit aber nichts von sich hören lassen. Die Behörden forschten nach der Stellenvermittlerin, die wie behauptet wurde, stets in Begleitung eines Mannes gesehen worden ist. Am 8. Januar d. J. gelang es auch, die Stellenvermittlerin in Osnabrück zu verhaften. Es war dies die unverheiratete Schneiderin Dorothea Buntrock aus Holzminden, die seit einiger Zeit in Osnabrück wohnte, und hier an junge Mädchen gegen ein Honorar von monatlich 15 M. Unterricht im Zuschneiden ertheilte. Die Buntrock leugnete anfänglich, an ihrer Schuld war jedoch kein Zweifel, denn sie trug nicht nur Kleider der Ermordeten, man fand auch eine große Anzahl der der unglücklichen Kasten geraubten Kleidungsstücke, sowie die der Kasten gehörige Uhr, Koffer u. s. w. bei ihr vor. Ferner wurde ein Brief bei der Buntrock vorgefunden, aus dem hervorging, daß der bereits erwähnte männliche Begleiter und Mithäter der bereits mehrfach bestrafte Agent Fritz Erbe aus Burgstall war. Von letzterem war gerade am 8. Januar ein Brief aus Bielefeld an die Buntrock eingetroffen, in welchem er derselben mittheilte, daß er ins Ausland flüchten wolle. Sofort begab sich Kriminalkommissar Schmidt aus Magdeburg, der auch die Buntrock verhaftet hatte, nach Bielefeld. Dort gelang es dem Beamten, den Erbe in einer Gastwirtschaft zu verhaften. Nach längerem Zeugnien bequeme sich die Buntrock zu einem Geständniß. Sie gab an: Sie sei am Spätabende des 21. Mai mit der Kasten durch den Neuhaldenslebener Forst gegangen, um angeblich das junge Mädchen zu ihrer Herrschaft zu führen. Mitten im Walde habe sich Erbe zu ihnen gestellt. Dieser habe dem jungen Mädchen plötzlich eine Bindfadenfessel über den Kopf geworfen, demselben damit die Kehle zugeschnürt, um das Mädchen am Schreien zu verhindern. Alsdann habe er dem Mädchen mit einem Messer den Kopf vom Rumpfe getrennt. Hieraus hätten sie beide die Leiche bis auf Hemd entkleidet und dieselbe etwa einen Fuß tief in die Erde vergraben. — Man vermuthet nämlich, daß Pielke den Leichnam gewittert und denselben bloßgelegt haben, ein Umstand, der nach Verlauf eines halben Jahres zur Entdeckung der grausigen Mordthat geführt hat. — Nachdem die Buntrock diese That gestanden, gelangte man zu der Vermuthung, daß das Verbrecherpaar noch weitere Unthaten begangen haben dürfte. Sehr bald traf auch bei der Magdeburger Staatsanwaltschaft aus Hameln die Nachricht ein, daß vor Jahresfrist die sechzehnjährige Tochter des früheren Hotelbesizers Klages in Hameln sich infolge einer Zeitungsannonce nach Hannover begeben habe, um von dort, drüben Antritt einer durch eine Stellenvermittlerin ihr verschafften Stelle als Reisebegleiterin bei einer nach Italien reisenden Herrschaft nach Köln zu fahren. Die Stellenvermittlerin hatte sich in ihren Briefen Anna Blume genannt. Von der Dorothea Kasten habe man seit ihrer Abreise von Hameln nicht die geringste Nachricht erhalten, die sorgfältigsten Nachforschungen seien bisher ohne Erfolg geblieben. — Sofort angestellte Ermittlungen ergaben, daß der von der Stellenvermittlerin Anna Blume an die Klages geschriebene Brief zweifellos von der Hand der Buntrock geschrieben war. Auch einige der Klages gehörige Sachen wurden bei der Buntrock vorgefunden. Nach längerem Zeugnien ergab die Buntrock, daß sie, in Gemeinschaft mit Erbe, auch die Klages erschlagen und beraubt habe. Sie habe nach Verabredung mit Erbe, im August 1890 in Hannover in eine dortige Zeitung eine Anzeige einrücken lassen, worin sie für eine kränkelnde Dame eine Gesellschaftin suchte. Aus der Zahl der sich meldenden Bewerberinnen habe sie mit Erbe sich diejenige ausgewählt, die ihnen anscheinend die beste Beute versprach. Am 23. August 1890 sei sie mit der Klages von Hannover nach Echebe gefahren. Nachdem sie die Billets zur Eisenbahnfahrt gelöst und mit der Klages in einem Koupee Platz genommen, sei auch Erbe ganz unbemerkt in das Koupee gestiegen. In Echebe angelangt, habe sie mit der Klages in einem Gasthose etwas gegessen; während dieser Zeit habe Erbe in nächster Nähe auf der Lauer gestanden. Alsdann sei sie mit der Klages in der Richtung nach Lohe gegangen. Inzwischen war der Abend heringedämmert und in der Dunkelheit glaubte sie (die Buntrock) vom richtigen Weg abgekommen zu sein. Sie habe nun die Klages veranlaßt, auszurufen bis Jemand kommen würde, um sie auf den richtigen Weg zu bringen. Sehr bald sei auch Erbe des Weges gekommen. Dieser, der gethan habe, als kenne er die Buntrock nicht, habe den richtigen Frusthug gezeigt und sei auch „zur Gesellschaft“ mitgegangen. Blüchlich seien sie beide über die Klages hergefallen. Sie (die Buntrock) habe dem jungen Mädchen ein Tuch in den Mund gestopft, um es am Schreien zu verhindern, alsdann habe Erbe dem Mädchen mit einem Schlächtermesser den Kopf abgeschnitten. Während hierauf Erbe mit einem mitgebrachten Spaten ein Loch gegraben, habe sie die Ermordete entkleidet. Sie hätten dann den Leichnam vergraben. — Die Buntrock hatte auch die Stelle ziemlich genau angegeben, wo der Leichnam liegen sollte, da aber gerade Schnee lag und das Erdreich gefroren war, so mußte von einer sofortigen Nachgrabung Abstand genommen werden. Die Nachricht, daß in dem Walde zwischen Lohe und Echebe der Leichnam

verscharrt sei, hatte sich aber mit Hülfe durch alle benachbarten Ortschaften verbreitet. Kaum war die Schneedecke vom Erdboden verschwunden, so wurde von vielen Personen nach der Leiche gesucht. Zu den eifrigsten Suchern gehörte der Landwirt Eggers, der am Nachmittag des 17. März d. J. auf dem Wege zwischen Schede und Lohse unter zwei großen Bäumen eine kleine Erhöhung entdeckte. Im Verein mit einem Gendarmen trug Eggers den verdächtigen Erdbügel ab und fand unter denselben den Leichnam der Leiche. Bestatter war vollständig zu einem Klumpen zusammengedrückt und lag in einem etwa ein Meter tiefen Loch verscharrt. Aufeinander haben die Mitglieder ihr Opfer mit den Füßen in das Loch getreten. Der vollständig entkleidete Leiche fehlte der Kopf; dieser wurde einige Tage später, gänzlich verwesend, 25 Schritte weiter in einer alten Fuchsröhre gefunden. Auch die Fingerringe einer Blause, die die Ermordete getragen, und ein Paar Ohren lagen in der Nähe der Leiche.

Obwohl Erde noch immer beharrlich jede Verhüllung an den Mordthaten in Abrede stellt, so hat sich dieser dennoch heute, in Gemeinschaft mit der Buntrock, vor dem Schwurgericht des hiesigen königlichen Landgerichts wegen zweifachen Mordes und schweren Raubes zu verantworten.

Schon in frühesten Morgenstunden drängt eine unendliche Menschenmenge nach dem Gerichtsgebäude. Es sind jedoch, da der Zuscherraum nur etwa für 60 Personen Raum bietet, nur an eine Anzahl distinguirter Persönlichkeiten Eintrittskarten ausgegeben worden. Man bemerkt im Zuscherraum mehrere Stabs-Offiziere. Den Vertretern der Presse hat der Präsident des Schwurgerichtshofes, Landgerichtsrath Polte sehr gute Plätze angewiesen. Wenn man den Schwurgerichtssaal betritt, so glaubt man zunächst auf einen Erdbeimarkt zu kommen. Eine unendliche Menge von Gegenständen, die sämmtlich den ermordeten Mädchen geraubt worden sind, ist vor dem Richtertische aufgestellt. Den Gerichtshof bilden: Landgerichtsrath Polte (Präsident) und Landgerichtsrath Starke und Landrichter Arnold (Beisitzer). Die öffentliche Anklagebehörde vertritt der Erste Staatsanwalt am hiesigen Landgericht Rajzier, die Verteidigung führen, und zwar als Hauptverteidiger: Rechtsanwalt Leiss für die Buntrock und Rechtsanwalt Gutsch für Erde. Als Gerichtsschreiber fungirt Aktur Ungnad. Gegen 9 1/2 Uhr Vormittags werden die Angeklagten unter starker polizeilicher Bedeckung in den Saal geführt. Die Buntrock ist eine mittelgroße, schlank, brünette Frau von angenehmem Aussehen. Erde, der, als er die Anklagebank betritt, sich sofort in eine Ecke drückt, ist ebenfalls ein mittelgroßer, schlanker Mann mit nicht unangenehmen Gesichtszügen. Die Buntrock ist am 19. Mai 1858 zu Holzminde geboren, Erde ist am 25. Mai 1855 zu Burgstall, Kreis Wolmar, geboren; beide sind evangelischer Konfession. Zwischen den Angeklagten nehmen zwei Gesangensausseher Platz. Erde wurde an den Händen gefesselt auf die Anklagebank geführt, auf Anordnung des Präsidenten werden jedoch denselben die Ketten abgenommen. Nach Bildung der Geschworenenbank u. s. w. giebt die Buntrock auf Befragen an, daß ihr Vater in Holzminde ein Tapezier- und Möbelgeschäft besaß, das jetzt ihr Bruder innehat. Die Buntrock ist bisher noch unbestraft, Erde dagegen ist bereits im Jahre 1874 wegen Betruges und später vielfach wegen Urkundenfälschung, Münzverbrechens u. s. w. zum Theil mit langjährigem Zuchthaus bestraft. Erde, der früher Schloß gewesen, war schon einmal verheiratet, seine Frau hat sich aber nach zweijähriger Ehe von ihm scheiden lassen. Dieser Ehe ist ein Kind entsprossen, das jedoch gestorben ist. Die Buntrock giebt auf Befragen des Präsidenten an, daß sie im Jahre 1859 den Erde in Hannover kennen gelernt habe. Ihre Mutter sei sehr früh gestorben, sie habe dieselbe nicht gekannt, auch ihre Stiefmutter, von der sie erzogen worden, sei schon vor vielen Jahren gestorben, so daß sie eine weibliche Pflege eigentlich nicht kennen gelernt habe. Sie sei anfänglich Dienstmädchen gewesen, habe bei verschiedenen Herrschaften in Hannover gedient und habe alsdann bei ihrer älteren Schwester das Zuschneiden gelernt. Im Jahre 1859 sei ihre ältere Schwester nach Amerika gegangen. Auch ihr ältester Bruder sei seit einigen Jahren in Amerika. Sie habe noch zwei Brüder, von denen der zweitälteste Albert in Holzminde das vom Vater betriebene Tapezier- und Möbelgeschäft inne hat. Ihr Vater wohne bei Albert. Er besitze nur so viel Vermögen, um gerade leben zu können. Sie sei vom Hause weggegangen, weil sie sich mit ihrer Schwägerin nicht habe vertragen können. Auch vom Vater sei sie in Unfrieden geschieden. Im Jahre 1859 habe Erde mittels Zeitungs-Annonce eine Frau gesucht. Sie habe sich daraufhin gemeldet und so haben sie beide sofort beschloffen, sich zu heirathen. Die Heirath sei jedoch unterblieben, da ihre Angehörigen dies nicht zugaben. Sie habe aber mit Erde zusammengeliebt und habe auch im August 1860 ein Kind geboren, dessen Vater Erde gewesen sei. Das Kind sei bald nach der Geburt gestorben. Sie habe anfänglich nicht gewußt, daß Erde, der zur Zeit als Glaser arbeitete, bestraft sei. Als sie es erfahren, habe sie sich von Erde bereits Mutter gefühlt. Anfang 1861 sei sie nach Magdeburg gekommen. — Es wird alsdann der Anklagebeschluß verlesen. —

Präs.: Buntrock, bekennen Sie sich schuldig? — Angekl.: Ja. — Präs.: Haben Sie sich von Anfang an schuldig bekannt? — Angekl.: Ja. — Präs.: Sie haben auch von Anfang an gesagt, daß Erde die Mordthaten ausgeführt hat? — Angekl.: Ja. — Präs.: Wann kamen Sie nach Magdeburg? — Angekl.: Im Oktober 1860. — Präs.: Sie haben nun im hiesigen „General-Anzeiger“ ein Inserat einreichen lassen, wonach Sie für eine Herrschaft eine Reisebegleiterin suchten? — Angekl.: Ja. — Präs.: Daranfin hat sich die Emma Kasten gemeldet, mit der sie am Abende des 21. Mai durch den Neuhaudenlebener Wald gegangen sind. In Ihrer Gesellschaft befand sich Erde? — Angekl.: Ja. — Präs.: Sie haben nun über die Mordthaten die verschiedensten Angaben gemacht, erzählen Sie nun einmal in möglichst ausführlicher Weise, wie Sie es gemacht haben. — Angekl.: Ich erinnere mich nicht mehr, es ist so gewesen, wie es in den Akten steht. — Präs.: Nehmen Sie einmal Ihr Gedächtniß etwas zu Hilfe, ich werde Sie dabei unterstützen. Sie haben, als Sie mit der Kasten durch den Wald gingen, derselben plötzlich diesen Wock, den Sie vorher mit Wollse umwickelt hatten, in den Mund gestopft? — Angekl.: Ja. — Präs.: Wo umwickelten Sie den Wock mit Wollse. — Angekl.: Im Walde. — Präs.: Konnte das die Kasten sehen. — Angekl.: Nein, ich ging während dieser Zeit hinter der Kasten. — Präs.: Nun, ließ sich denn die Kasten so gutwillig den Wock in den Mund stopfen? — Angekl.: Ja. — Präs.: Hat die Kasten sich garnicht gewehrt, es war doch ein sehr starkes Mädchen. — Angekl.: Sie hat sich aber nicht gewehrt. — Präs.: Sehen Sie sich doch einmal die Photographie an, war das die Kasten? — Angekl.: Ich weiß das nicht mehr. — Präs.: Sie haben doch mehrfach mit dem Mädchen gesprochen? — Angekl.: Ich kann mich auf das Aussprechen des Mädchens nicht mehr besinnen. — Der Präsident läßt die Photographie auf der Geschworenenbank kurzstehen. — Präs.: Haben Sie die Kasten nicht vorher betäubt? — Angekl.: Nein. — Präs.: Bei Erde sind bei seiner Verhaftung eine ganze Reihe von Fälschungen mit allen möglichen Chemikalien vorgefunden worden, sollte Erde nicht auch Chloroform bei sich gehabt und das Mädchen betäubt haben? — Angekl.: Nein! — Präs.: Sie sagten, Erde habe mit dem Mädchen geschäkelt? — Angekl.: Erde wollte nur haben, daß die Kasten sich auf die Erde legen sollte, damit er ihr den Hals untersuchen könne. — Präs.: Hat sich Erde der Kasten gegenüber nicht als Arzt ausgegeben, damit er sie untersuchen könne? — Angekl.: Jawohl, aber bloß den Hals wollte er ihr untersuchen. — Präs.: Hat das Mädchen sich den Hals untersuchen lassen? — Angekl.: Ja. — Präs.: Was mochte Erde damit bezwecken haben? — Angekl.: Er wollte sich unterrichten, wo die Schlagader sitzt. — Präs.: Haben Sie der Kasten, als Sie ihr den Wock in den Mund stopften, nicht die Zähne zerbrochen? — Angekl.: Nein. — Präs.: Als die Kasten nun den Wock im Munde hatte, was machte

alsdann Erde? — Angekl.: Er öffnete das Messer und schnitt der Kasten den Hals ab. — Präs.: Es war dies das Messer hier? — Angekl.: Ja. — Der Präsident läßt das Messer, ein großes Taschenmesser mit schwarzer Klinge, den Geschworenen zeigen. — Präs.: Erde durchschnitt der Kasten die Schlagader? — Angekl.: Ja. — Präs.: Das Blut muß insolge dessen festig gerippt haben? — Angekl.: Jawohl. — Präs.: Als nun die Kasten todt war, was thaten Sie da? — Angekl.: Ich entkleidete die Leiche. — Präs.: Half Ihnen Erde dabei? — Angekl.: Nein. — Präs.: Eine Leiche zu entkleiden, ist doch sehr schwer, soll Ihnen Erde nicht dabei geholfen haben? — Angekl.: Nein. — Präs.: Die Kasten muß doch ziemlich schwer gewesen sein, der Photographie nach zu urtheilen, muß die Kasten mindestens 150 Pfund gewogen haben? — Angekl.: Ich habe aber die Kasten allein ausgekleidet. — Präs.: Was machte Erde währenddessen? — Angekl.: Der grub ein Loch, um die Leiche zu vergraben. — Präs.: Mit diesem Spaten? — Angekl.: Ja. — Präs.: Den Spaten führte Erde bei sich? — Angekl.: Ja. — Präs.: Sie haben die Leiche bis auf Hemd entkleidet? — Angekl.: Jawohl. — Präs.: Das Kleid, das die Ermordete trug, haben Sie, als Sie verhaftet wurden, noch getragen? — Angekl.: Jawohl. — Präs.: Hätte Ihnen denn das Kleid? — Angekl.: Nein, ich machte es mir zurecht. — Präs.: Es war Ihnen wohl zu weit? — Angekl.: Jawohl. — Präs.: Die Kasten hatte auch eine goldene Uhr mit Kette bei sich? — Angekl.: Ja. — Präs.: Hätte die Kasten auch viel Geld bei sich? — Angekl.: Nein. — Präs.: Die Angehörigen der Kasten behaupten, daß letztere etwa 60 M. bei sich hatte. — Angekl.: Das kann sein. — Präs.: Erde hat der Leiche, ehe er sie vergrub, den Kopf und die Beine abgeschnitten? — Angekl.: Ja. — Präs.: Hielten Sie die Leiche vergraben? — Angekl.: Ja. — Präs.: Die Hände der Leiche waren mit Striden befestigt, sollten Sie das Mädchen, ehe Sie denselben den Wock in den Mund stopften, nicht die Hände zusammengebunden haben? — Angekl.: Nein. — Es soll nun des Näheren die Art der Verhüllung der Leiche erörtert werden. Der Gerichtshof beschließt während dieser Erörterung, aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit, die Oeffentlichkeit auszuschließen. Auch die Vertreter der Presse müssen den Saal verlassen. (Fortsetzung folgt.)

Soziale Uebersicht.

Achtung, Maurer!

Auf dem Bau Eberswalderstraße 18, beim Bau-Unternehmer Wenzel, stellten am 23. Juni sämmtliche Kollegen, 26 an der Zahl, die Arbeit ein, weil der Stundenlohn nicht auf 55 Pf. erhöht wurde. Ueber den Bau ist die Sperre verhängt. Berlin. Das Bureau der Lohnbewegung. J. A. Wilhelm Roll.

Versammlungen.

Die Stichwahlen zwischen gegnerischen Kandidaten beschäftigten am 21. Juni eine Versammlung des VI. sozialdemokratischen Wahlvereins, die in der Kronenbrauerei Alt-Neubitz Nr. 47/48 tagte. Zunächst vertheidigte Dr. Vätgenau seine am 25. Mai in einer Versammlung von Genossen des V. Wahlkreises angenommene Resolution:

1. Die Verstärkung der sozialen Gegensätze, die zunehmende Arbeitslosigkeit, die wachsende Ausbeutung des Proletariats, die fortschreitende Proletarisirung der Mittelschichten bewirken, daß der Kampf zwischen Kapital und Arbeit immer mehr zum Gegenstande und Mittelpunkt der gesammten Politik der Gegenwart wird, daß der Begriff der bürgerlichen, formalen Demokratie immer inhaltsloser wird, und daß die Gegenparteien sich immer mehr einander anählichen. Die Haltung der deutschfreisinnigen Partei in den Wahlrechts-Fragen, in der Schulfrage, gegenüber der Entschädigung der Reichsunmittelbaren und gegenüber der Verfolgung politischer Vergehen beweist, trotz des häufig geschickten gegenseitigen Scheines, daß diese Partei den letzten Rest demokratischer Grundzüge dem kapitalistischen Interesse zum Opfer gebracht hat. Da es eine bürgerliche Demokratie in Deutschland nicht mehr giebt, so fällt die alte Richtschnur der Sozialdemokratie, die bürgerliche Demokratie behufs Beschleunigung der gesellschaftlichen Entwicklung zu unterstützen, künftig von selbst fort.

2. Bei der Thatsache, daß die deutschen Arbeiter in Stichwahlen regelmäßig im Sinne des kleineren Uebels oder behufs Abwendung der unmittelbar größeren Gefahr ihre Stimme abgegeben haben, würde die Direktive allgemeiner Stimmhaltung bei Stichwahlen wahrscheinlich sehr wenig befolgt werden und daher ein politischer Fehler sein.

3. Die Parteiverammlung des 5. Berliner Reichstags-Wahlkreises macht der Gesamtpartei den Vorschlag, dem Grundsatze zuzustimmen, daß bei Stichwahlen gegnerische Kandidaten, welche sich für das Achtstundengesetz zu stimmen verpflichten, unterstützt werden.

4. Das Verhalten der deutschfreisinnigen Partei gegenüber der Sozialdemokratie ist bei dem abhängigen Verhältnis, in welchem sie zu dieser steht, ein unziemliches; besonders ist zu rügen, daß sie die Unarbeitslosigkeit ihres Hauptvorsitzenden Eugen Richter duldet.

Redner wies zunächst auf das arbeiterfeindliche Verhalten der Deutschfreisinnigen hin, die in den Reichstag zum großen Theile regelmäßig infolge der Unterstützung der Sozialdemokraten gewählt worden seien. Aus dem Umstande, daß die Parteigenossen bisher jedes Mal an den Stichwahlen zwischen gegnerischen Kandidaten sich betheiligten, auch als 1887 der St. Gallener Kongreß gerade das Gegenteil beschlossen hatte, folgerte Dr. Vätgenau, daß die Partei eine derartige Betheiligung überhaupt für unzulässig halte, und daß daher der Parteitag zu einem Votum gegen die Betheiligung der Parteigenossen an Stichwahlen unter gegnerischen Kandidaten nicht kommen könne. Liege die Sache aber so, dann sei es erwünscht, daß die Partei sich von den gegnerischen Kandidaten, welche ihre Unterstützung erhalten, Konzeptionen machen lasse, und er schlage vor, dem Gegner dann das Versprechen abzuverlangen, daß er für den Achtstundentag eintreten werde; natürlich würde man auch daraus zu sehen haben, daß die Aufhebung der Getreidezölle, Aufrechterhaltung des allgemeinen, geheimen Wahlrechts und andere wichtige Forderungen in dem betreffenden bürgerlichen Kandidaten keinen Gegner haben. Da eine Rundwahl vielleicht schon in diesem Jahre bevorstehe, falls nämlich die zu erwartende Militärvorlage abgelehnt werde, so empfehle es sich, daß zu der angeregten Frage schon der nächste Parteitag Stellung nehme und die Parteigenossen selbst sich vorher darüber aussprechen. Die Verkürzung der Arbeitszeit nun liege im Interesse der Arbeiter, sei aber nicht notwendig ein Nachtheil des Kapitals. Daher sei es wohl möglich, auch Kandidaten der bürgerlichen Parteien dafür zu gewinnen; gelinge das, so treibe man dadurch einen Keil in die bürgerlichen Parteien. Schon die bloße Aufstellung der Forderung unsererseits veranlasse die Gegner, Stellung dazu zu nehmen, was wieder dazu führe, daß die hinter ihnen herlaufenden Arbeiter mit der Frage befaßt werden. Diesen können wir dann vorgeben, daß wir stets für die Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten sind, was uns, welche Stellung auch der Gegner nimmt, agitatorisch dienlich sein wird. Gebe aber der Gegner das verlangte Versprechen und halte es dann nicht, so verliere er an Kredit und könne das nächste Mal nicht wiedergewählt werden. Es sei nicht richtig, daß von einer Stellungnahme der Parteigenossen, wie er

Redner, sie vorschläge, nur die gegnerischen Parteien den Nutzen haben würden, sondern es handele sich nur um unser Interesse um Geltendmachung eines Einflusses, den wir haben.

Der Korreferent Stadtverordneter Vogt herr führte hierauf gegen den Vorschlag Vätgenau's folgendes aus: Wir haben keine Veranlassung, uns mit der Entwicklung und Taktik unserer Gegner zu befassen, sondern wir haben Stellung dazu zu nehmen: Wie stehen wir unseren Gegnern gegenüber? Welches würden die praktischen, die erzieherischen Wirkungen für unsere Partei sein, wenn ferner derartige Resolutionen gefaßt würden? Es warne nachdrücklich vor Unterföschung der Forderung des Achtstundentages, die zu unseren hervorragendsten Forderungen gehöre. Auch sei es nicht richtig, schon Jahre vorher damit bei unseren Gegnern haustreten zu gehen und ihnen zu sagen: Seht, ihr könnt in den Reichstag kommen, wenn ihr diese Forderung unterstützt. Die Stellungnahme unserer Gegner zu der einen oder anderen Frage unserer Programms werde sich stets nur nach der Aussicht richten, ein Reichstagsmandat zu erlangen. Wir haben aber nicht zu fragen, was den Gegnern von unserem Programm gefaßt, sondern — im Falle der Stichwahl — was uns an ihnen gefaßt. Es gäbe sehr wohl Angehörige der Bourgeoisie, denen die Vortheile bekannt sind, welche die Verkürzung der Arbeitszeit auch dem Kapital bietet, und die aus diesem Grunde, wenn die Arbeiter dazu drängen, für den gesetzlichen Normalarbeitstag eintreten, um nachher mit Heuchlermaske von ihrer arbeiterfreundlichen Gesinnung zu sprechen. Aber die Leute wissen auch, daß durch eine Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeiterklasse widerstandsfähiger wird, und daß spreche bei der Bourgeoisie ebenso viel gegen den Achtstundentag, wie der persönliche Profit für denselben. Indessen, wolle dieser Polizei- und Militärsstaat sich erhalten, so müsse er schon um der Wechselfähigkeit willen zur gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit gelangen. Wir erschreckend die Wirkung der zu wenig eingeschränkten Ausbeutung der Arbeiter ist, zeigte Redner an einigen Daten aus Oesterreich. Danach sind in Böhmen von 10 000 Wehrpflichtigen in den letzten Jahren nur etwa 450 diensttauglich gewesen und in der Stadt Reichenberg gar nur ca. 280. Der Militärsstaat müsse also ganz von selbst dazu kommen, die Arbeiter zu schonen. Nun habe der Korreferent selbst gesagt, daß er den Versprechungen der Gegner keinen Glauben schenke, ja, was habe denn ein solches Versprechen denn überhaupt für einen Zweck? Wir stellen gegen Abgabe desselben Monate lang vorher schon den Gegnern Unterföschung in Aussicht, während wir überzeugt sind, daß wir durch die eigene Kraft der Arbeiterklasse die Verwirklichung jener Forderung erreichen. Wenn nun auch aus dem Vorlaute der Resolution Vätgenau's schon hervorgehe, daß die Bestimmung über eine solche Frage nicht von einem einzelnen Wahlkreise, sondern von dem Parteitag auszugehen hat, so habe ein derartiger Beschluß, wie er im fünften Wahlkreise gefaßt worden ist, doch mindestens die Folge, daß der betreffende Wahlkreis sich mit dem Prinzip einverstanden erklärt. Von der dadurch übernommenen Verbindlichkeit komme der fünfte Wahlkreis nicht frei, so lange er sich nicht selbst davon befreie. Diese Stellungnahme sei aber dasselbe, wie wenn ein Militärsstaat etwa drei Monate vor einem Kriege seinen Feldzugsplan bekannt mache, um seinem Feinde zu zeigen, in welchem Winkel er sich stecken müsse, wenn er sich sichern wolle. Ueber das Verhalten bei den Stichwahlen müsse auch in Zukunft bis heute von Fall zu Fall entschieden werden. Die bisherige Stellungnahme der Partei bei den Stichwahlen zeige, daß die Partei selbst stets im Augenblicke richtig erkannt hat, was für uns von Wichtigkeit war. Wozu und also so lange vorher binden? Wir müssen ungehindert in die Zukunft marschieren. Wollen wir auf den Parteitag Einfluß üben, dann darf das nicht in der Weise geschehen, daß ein Theil der Partei sich schon vorher engagirt. Wir haben am Anfang des Wahlkampfes als die feste, untheilbare Sozialdemokratie in die Schranken zu treten, die ihre Forderungen diktiert, aber nicht anbietet, die nicht politisch, sondern, wenn die Gegner ihre Unterstützung haben wollen, abwartet, was sie ihr bieten. Redner titelt um Annahme seiner Resolution, daß wir in den Wahlkampf gehen als starke, prinzipienfeste, untheilbare und hessentlich unbesiegbare Sozialdemokratie.

Die Resolution Vogt herr lautet:

Die Versammlung vermag sich der in einer Versammlung des V. Wahlkreises gefaßten Resolution, betreffend die Stellungnahme bei Stichwahlen, nicht anzuschließen, sie erklärt vielmehr, daß es taktisch falsch ist, die Partei oder einzelne Wahlkreise in ihrem Verhalten bei Stichwahlen auf lange Zeit im Voraus zu binden, und daß es überhaupt Sache des Parteitages ist, in dieser Frage den zeitweiligen Verhältnissen entsprechend zu entscheiden.

Dazu war folgendes Amendement eingelaufen:

Insbesondere lehnt die Versammlung es ab, den Parteigenossen zu empfehlen, diejenigen Kandidaten bei einer etwaigen Stichwahl zu unterstützen, die für den Achtstundentag eintreten versprechen, da sie nach dem bisherigen Verhalten der einzelnen betroffenen Kandidaten der Meinung ist, daß dieses bloße Eintreten für einzelne Programmpunkte nur Kompromisse bedeutet, die grundsätzlich abzulehnen sind.

Dr. Vätgenau beantragte Annahme seiner im 5. Wahlkreise angenommenen Resolution, die er folgendermaßen formulirte:

Die heutige Versammlung des Wahlvereins für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis ist nicht der Ansicht, daß Stimmhaltung bei Stichwahlen zwischen gegnerischen Kandidaten immer im Interesse der Arbeiterklasse und der Partei ist. Sie hält dafür, daß solche gegnerische Kandidaten unterstützt werden sollen, welche außer korrekten Abstimmungen bei den wichtigen abschwebenden Fragen für ein Achtstundengesetz zu stimmen sich verpflichten. Selbstverständlich gehört die Entscheidung hierüber dem Parteitage.

Herr Marten beantragte zu beschließen:

In Erwägung, daß die Verkürzung der sozialen Gegensätze, die zunehmende Arbeitslosigkeit, die wachsende Ausbeutung des Proletariats durch die bestehende kapitalistische Herrschaft bewirken, daß der Kampf zwischen dem Kapital und Arbeit sich immer mehr verschärft, die Interessen der Arbeiter von allen Parteien immer mehr unterdrückt werden, weiß die Sozialdemokratie jeden Kompromiß mit anderen Parteien zurück und empfiehlt den Genossen, bei Stichwahlen, wo sich zwei bürgerliche Kandidaten gegenüberstellen, strenge Wahlenthaltung.

Die Versammlung verlagte wegen der vorgerückten Stunde die Diskussion auf die nächste Zusammenkunft und ging, nachdem noch über die Frage, ob Personen, welche nicht zur Sozialdemokratie gehören, an der Debatte sich betheiligen dürfen, diskutiert worden war, ohne daß ein Beschluß darüber gefaßt wurde, mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie auseinander.

Die Genossenschaftsbäckerei hielt am 22. Juni eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der es sich vornehmlich um die Amtsniederlegung von sechs Aufsichtsraths-Mitgliedern und die entsprechende Neuwahl handelte. Im Anschluß an das Protokoll der vorigen Generalversammlung, in welcher beschlossen war, daß die Versammlungen hinfür am Sonntag stattfinden sollen, protestirte Herr Pfeiffer gegen diese auf einen Mittwoch einzurufene Versammlung. Das Protokoll wurde genehmigt und hierauf zunächst eine zwischen Aufsichtsrath und Geschäftsführung gewechselte Korrespondenz verlesen. Die sechs Aufsichtsraths-Mitglieder H. Grashold, R. Kunkel, G. Wädicke, E. Pfeiffer, Karl Klein und Karl Mahlig haben am 17. Juni in einem Schreiben an den Vorstand erklärt, daß sie sich veranlaßt sehen, ihr Amt niederzulegen, weil sie mit einem derartigen Vorstande nicht mehr zusammenarbeiten können, und ersuchen, eine Generalversammlung einzuberufen. Hieraus hat am 19. Juni in einem Schreiben an die genannten früheren Mitglieder des Aufsichtsraths der Vorstand dieselben nach Verwahrung gegen einige in dem empfangenen Briefe enthaltene Vorwürfe aufgefordert, sämmtliche

